

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 1922... Vorausschickbar. Unser Preisband für Deutschland, Dänzig, Saap- und Memelgebiet sowie Österreich und Luxemburg 3.40.- M. für das übrige Ausland 5.10.- M. Postbelegungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Irland, Island, Frankreich, Holland, Portugal, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Grußwelt“ und der Beilage „Scheidung und Reingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Dönhoff 292-293 und 2506-2507

Donnerstag, den 19. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierzahl... Die einseitige Kopierzahl... Die einseitige Kopierzahl...

Anzeigen für die nächste Nummer... Anzeigen für die nächste Nummer...

Einigung über die Reichspräsidentenwahl

Ebert verfassungsmäßiger Reichspräsident bis 30. Juni 1925.

Die Besprechungen über die Regelung der Reichspräsidentenwahl haben gestern nachmittags zu einer Einigung geführt. Dem Reichstag ist ein Antrag auf Abänderung der Verfassung zugegangen, der von der Sozialdemokratischen Fraktion, dem Zentrum, den Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei unterzeichnet ist und die Umwandlung der bisherigen vorläufigen Reichspräsidentenschaft Eberts in ein verfassungsrechtliches Definitivum vorsieht.

Die Frage der Reichspräsidentenwahl wird damit auf eine Weise geregelt, mit der sich die Sozialdemokratische Partei einverstanden erklären kann. Gewiß war es wünschenswert, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk schon jetzt vorzunehmen, über ihren Ausgang wären wir keinen Augenblick im Zweifel gewesen.

Unsere Fraktion hat schließlich mit Bedauern von einem solchen Gewalttritt abgesehen, der gegen alle bürgerlichen Parteien, mit einziger Ausnahme der — Deutschnationalen, hätte unternommen werden müssen.

Zur Vermeidung der Wahl am 3. Dezember wurde der Weg betreten, den Genosse Hermann Müller im Laufe der Verhandlungen als den einzig möglichen bezeichnet hatte.

Diese Bestätigung wird durch Abänderung des Art. 180 der Reichsverfassung erfolgen. Der Artikel hatte bisher folgende Fassung:

Bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags gilt die Nationalversammlung als Reichstag. Bis zum Amtsantritt des ersten Reichspräsidenten wird sein Amt von dem auf Grund des Gesetzes über den vorläufig gewählten Reichspräsidenten geführt.

An Stelle des zweiten seitgedruckten Satzes dieses Artikels will der Antrag Marx-Stresemann-Loch-Roch-Müller-Franken folgende Worte setzen: Der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident führt sein Amt bis zum 30. Juni 1925.

Nach dem bisherigen Wortlaut der Verfassung war also Ebert nur der Platzhalter für den ersten verfassungsmäßigen Reichspräsidenten. Durch die beantragte Verfassungsänderung wird er selber zum ersten verfassungsmäßigen Reichspräsidenten. Die nach der bisherigen Fassung notwendige Volkswahl wird durch eine Vertrauensklugung der ungetreuen Mehrheit der Volksvertretung ersetzt.

Zunächst wird die in der Verfassung vorgesehene erste Amtsperiode um ein halbes Jahr verkürzt, statt sieben wird sie nur sechsmonatlich Jahre dauern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dieser geringen Verkürzung unter dem Gesichtspunkt zugestimmt, daß durch die Verfassungsänderung dauerndes Recht geschaffen wird und daß alle zukünftigen Wahlen des Reichspräsidenten durch das Volk normalerweise in dieselbe Jahreszeit fallen werden.

Bei voller Befehung des Hauses würde sich die Abstimmung folgendermaßen gestalten: Für den Antrag würden

stimmen 178 Sozialdemokraten, 72 Volksparteiler, 40 Demokraten, 66 Zentrumsleute, 20 Bayerische Volksparteiler, 4 Bauernbündler, zusammen 380 Abgeordnete. Gegen ihn verblieben 71 Deutschnationale, 13 Kommunisten und 4 Wilde, insgesamt 88 Abgeordnete. Statt der notwendigen Zweidrittelmehrheit wäre ihm damit mehr als Fünftelmehrheit gesichert.

Und damit können wir vorläufig von der Volkswahl für zweidreiviertel Jahre Abschied nehmen, um sie in diesem Zeitraum nur um so gründlicher vorzubereiten.

Der Anstoß zu dieser Wendung ist bekanntlich von der Deutschen Volkspartei ausgegangen, die ihre Ansicht über die Frage der Reichspräsidentenwahl im Laufe der Jahre stark geändert hat. Am Ausgang des Kapp-Putsch erlebte diese Partei einen Aufbruch, in dem sie die Schuld an dem toten Handstreich im wesentlichen der von „den herrschenden Parteien“ verursachten Hinauszögerung der Präsidentenwahl zuschob.

Als aber infolge der Grenzfestsetzung im Osten dieser Termin gekommen war, änderte sich das Bild. Die Volkspartei lief gegen die Vornahme der Volkswahl förmlich Sturm, und es gelang ihr, die anderen bürgerlichen Parteien zu Bundesgenossen zu gewinnen.

So werden die Deutschnationalen wieder einmal zusammen mit den Kommunisten isoliert sein. Zwischen ihnen und den Volksparteilern tut sich eine breite Kluft auf. Sie wollten eine Sammlung aller bürgerlichen Parteien gegen Ebert, es erfolgt aber eine Sammlung aller anderen Parteien für Ebert gegen sie.

Wer den Mechanismus unserer Reichsverfassung kennt, der weiß, daß die Reichspräsidentenschaft keine Handhabe des Partei- und des Klassenkampfes ist. Der Reichspräsident ist konstitutionelles Staatsoberhaupt, nicht er bestimmt die Politik des Reiches, sondern die Mehrheit des Reichstages tut es durch das Kabinett, das sie stützt.

Mit der vereinbarten Lösung sind die Kandidaturen Hindenburg, Klara Zetkin und Ledebour erledigt. Daß eine von ihnen bei den Massen des Volkes großen Beifall gefunden hätte, wird man ernsthafterweise nicht annehmen. Von allen dreien wird man bei allen sonstigen Unterschieden —, daß sie geradezu Attentate auf den gesunden politischen Sinn der Wähler darstellten.

bürgerlichen Gegnern verachtete Zersplitterungskandidaten aufzustellen, die praktisch nur den Zweck haben konnten, einem etwaigen bürgerlichen Sammellkandidaten ein klein wenig zu Hilfe zu kommen. Das Bürgertum, das wir doch zu Respekt vor der Arbeiterbewegung erziehen wollen, hat über diese Kandidaten nur gewöhnt — und wer könnte sich auch dem Humor einer Situation entziehen, in der eine Partei, die „die Diktatur des Proletariats“ im Programm hat, die gute Klara für das höchste Reichsamt präsentiert? Sieht die „Diktatur des Proletariats“ so aus, so wird sie nicht den Schrecken der Bourgeoisie erregen, sondern nur ihren Bittblattzeichnern und Poffenfabrikanten willkommenen Stoff liefern.

Solche Kandidaturen — die des Herrn v. Hindenburg eingeschlossen — konnten die Sozialdemokratie wahrhaftig nicht vor einem Wahlkampf zurückschrecken lassen. Auch mit einem bürgerlichen Sammellkandidaten hätte sie es mit Vergnügen aufgenommen — wo war denn die Persönlichkeit auf jener Seite, die den Massen des Volkes stark genug erschienen wäre, diese schwere Last auf ihre Schultern zu nehmen?

Der Antrag, der Ebert das Amt eines verfassungsmäßigen Reichspräsidenten für den Rest seiner Amtsperiode, bis zum 30. Juni 1925, verleiht, ist gestern abend im Reichstag eingebracht worden. Er wird voraussichtlich schon am Freitag zur Beratung gelangen und mit erdrückender Mehrheit angenommen werden.

Die Zeit noch zu erleben, und bald zu erleben, in der unsere Partei bei allen großen Volksentscheidungen allein aus der Kraft ihrer Ideen und ihrer Massen den Sieg erringen wird.

Oesterreichs Regenten.

Völkerbund-Delegierte in Wien.

Wien, 18. Oktober. (VTB.) Bundeskanzler Dr. Seipel, Außenminister Grünberger und Finanzminister Segur empfangen heute die in Wien eingetroffenen Delegierten des Völkerbundes, Janssen (Belgien), Avenol (Frankreich), Maggiorino Ferraris (Italien), Riemann (England), Pospischi (Tschechoslowakei), Sarasin (Schweiz).

Der Bundeskanzler begrüßte sie und schilderte ihnen den Stand der parlamentarischen Verhandlungen über die Genfer Vereinbarung. Der Finanzminister werde den Delegierten ein vollständiges Exposé vorlegen, wie er sich der Finanzplan und das Ermächtigungsgesetz vorstelle. Das dringendste sei aber, sich über die Maßnahmen für die Uebergangszeit vollkommen klar zu werden, denn nur mit den größten Anstrengungen sei es dem Finanzminister gelungen, die fünf Krisenmonate zu überbrücken.

Um 6 Uhr abends fand die erste Sitzung im Finanzministerium statt. (Nach der Presse die Prof. Red. d. „Vorwärts“.)

## Wo bleibt die Stützung der Mark?

Der Soz. Parlamentsdienst schreibt:

Schon geraume Zeit ist vergangen, seit die Regierung durchgreifende Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark ankündigte. Was ist bis heute geschehen? An durchgreifenden Maßnahmen konnten wir bisher leider nur bitter wenig entdecken. Das einzig Positive, was wir erleben durften, war die Devisenverordnung, die allein auf freiem Felde schließlich jenes Ende finden muß, das schon andere „Maßnahmen“ gefunden haben. Schon machen sich Anzeichen geltend, daß die gutgedachte und auch von uns gutgeheißene Devisenverordnung ihren Zweck verfehlt, wenn nicht bald weitere Schritte in der begonnenen Richtung folgen. Selbst die Regierung war sich trotz des Finanzministers beim Erlaß der Devisenverordnung darüber klar, daß uns mit dieser Maßnahme allein nicht geholfen ist. Inzwischen nimmt die Teuerung ungehindert ihren Lauf; neue Lohnforderungen stehen in Aussicht. Schon kündigen die Bergarbeiter beträchtliche Wünsche an, und auch die übrigen Gewerkschaften beschäftigen in aller Kürze bei der Regierung vorstellig zu werden, da sie übereinstimmend der Auffassung sind, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, daß jetzt endlich jene ganze Arbeit, die bei mancherlei Gelegenheiten dem Volke oft versprochen wurde, bei der Stabilisierung unserer Mark zur Tat werden muß.

Mit einer fortgesetzten Beratung von Gelehrtenwürfen im Kabinett ist der wertvollen Bevölkerung Deutschlands und den darbenenden Rentnern nicht geholfen. Auch die Ankündigung, bald ein wertbeständiges Goldpapier herauszugeben, nützt uns gar nichts, solange dieses Wertpapier dem Geldmarkt vorenthalten wird. War es tatsächlich notwendig, wochenlang mit dem jetzt zur Beratung stehenden Plan der Herausgabe wertbeständiger Schatzanweisungen lediglich dem Finanzministerium zuliebe gehen zu tun, um ihn dann mehr als notwendig zu beraten? War es nicht möglich, Interimscheine zu schaffen, wie sie für andere Zwecke oftmals benutzt wurden, so daß die Einrichtung fast augenblicklich erfolgen konnte? Aber selbst wenn die jetzt in Aussicht gestellten Maßnahmen durchgeführt sind, kann noch keine Rede davon sein, daß sie zu einer durchgreifenden Stabilisierung der Mark genügen. Was wir vor allem noch verlangen müssen und worauf mit aller Energie gedrängt werden muß, ist die längst erhobene und auch von bürgerlichen Parteien anerkannte Forderung nach einer Stützungsaktion der Mark durch die Reichsbank. Wir kennen die Widerstände, die diesem Plan aus dem Reichsbankpräsidium drohten und noch drohen, und wir kennen die Gehilfen im Reichsfinanzministerium, die gegen eine Stützungsaktion eifrig Hilfeleistung leisten. Dieser Widerstand aber kann nicht unüberwindlich sein und darf die Reichsregierung unter keinen Umständen abhalten, trotzdem so durchzugreifen, wie es die Not des Volkes notwendig macht, wie es angebracht erscheint, um dem schaffenden Volk die Existenz zum Leben zu sichern.

Schafft endlich ganze Arbeit! Ganze Arbeit sind wir uns gegenüber schuldig, wie auch dem Auslande, das wenigstens den guten Willen zur Stabilisierung der Mark sehen will, bevor es überhaupt daran denkt, unserem dahinsiechenden Volke Hilfe zu leisten.

## Reiflose Erfassung der Kartoffelernte.

Der Magistrat von Biegnitz hat eine Eingabe an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gerichtet, in der er zwecks reifloser Ausnutzung der diesjährigen Kartoffelernte und zwecks Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln dringend um Erlaß der Verordnung über die Freigabe der Kartoffelernte bittet.

Diese Verordnung soll jeden Kartoffelerzeuger verpflichten, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten. Vor dem reiflosen Aberten darf eine Bestellung der Anbaufläche nicht erfolgen.

Das Eigentum an Kartoffeln, die nach dem 20. Oktober 1922 in der Erde verblieben sind, geht an den zuständigen Landrat

über, der befugt ist, Ausweisarten auszugeben, die zum Betreten der darauf bezeichneten Gebiete und zum Uebernehmen noch vorhandener Kartoffelbestände berechtigen.

In der Begründung wird angeführt:

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Wochen hat eine derartige Teuerung hervorgerufen, daß es vielen Teilen der Bevölkerung einfach unmöglich ist, die zum Lebensunterhalt notwendigen Mittel beizubringen. Die deutsche Kartoffelernte in diesem Jahre übertrifft die vorjährige um bald das Vier- bis Fünffache. Auf den Kopf der Bevölkerung werden voraussichtlich bis zu 20 Doppelzentner entfallen. Trotz dieser überreichen Kartoffelernte muß leider die Wohnnahrung gemacht werden, daß die Preise für die Kartoffeln von Woche zu Woche in ganz unberechneter Weise in die Höhe schnellen. Diese Preissteigerungen stehen in keinem Verhältnis mit den zu gleicher Zeit eingetretenen Lohn- oder Frachterhöhungen. Es ist zur Sprache gebracht worden, daß die Bauern den Kartoffelsetzen nur flüchtig bergen, weil ihnen gar nichts davon liegt, die Kartoffelreife reiflos zu bergen, weil sie andernfalls durch vermehrtes Angebot die Preise drücken würden.

Es ist sogar behauptet worden, daß teilweise absichtlich so verfahren würde, daß sogar teilweise Kartoffelanbauflächen von neuem bestellt worden, ohne daß die Kartoffeln reiflos geerntet worden wären. Um in Tagen kommender Not der Selbsthilfe vorzubeugen, schlägt der Magistrat die Freigabe der Kartoffelbestände vor, die aus irgendwelchen Gründen von den Landwirten nicht geerntet werden können oder wollen. Es ist hier vor allem an das Kartoffelernte mit der Maschine gedacht, wo tatsächlich viele Kartoffeln durch Erdaufwurf dem Blick der Menschen entzogen werden. Der Verordnungsentwurf baut sich auf der Kriegsverordnung vom 18. Juli 1918 betr. die Kartoffelversorgung auf, die bereits eine Enteiung der Kartoffelernte vorsah. Der Landrat soll Arbeitslosen und Minderbemittelten Ausweise geben können, die sie nötigenfalls gegen den Willen der betreffenden Besitzer berechtigen, die in der Erde befindlichen Kartoffeln, natürlich gegen entsprechende Entschädigung, herauszuholen. Man kann tatsächlich vielfach beobachten, daß Wacker bestellt werden, ohne daß gestoppelt wurde.

Die Bereinigten Sozialdemokratischen Parteien und der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Biegnitz haben sich dem Antrag des Magistrats zu eigen gemacht und die gleiche Forderung erhoben. Inzwischen hat sich im deutschen Lager ein Sturm der Entrüstung über diesen angeblichen Anschlag des Bolschewismus erhoben, der tatsächlich dazu geführt hat, daß der Antrag vom Magistrat zurückgezogen wurde. Die Gewerkschaften aber und die Sozialdemokratische Partei halten den Antrag weiterhin aufrecht mit der Maßgabe, daß vom 1. November ab die Kartoffelernte freigegeben werden soll.

## Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Berlin, 18. Oktober. (W.Z.) Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas teilt mit, die deutsche Regierung habe ihre Antwort auf den Plan großer öffentlicher Arbeiten, die durch deutsche Arbeiter und mit deutschen Materialien in den verschiedenen Gegenden Frankreichs ausgeführt werden sollen, übermittelt. Die deutsche Regierung sei grundsätzlich bereit, diese Arbeiten auszuführen, jedoch verlange sie die Entsendung einer Kommission nach Frankreich, um das Programm im einzelnen zu prüfen. Hierzu erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die französische Regierung hat Ende September der deutschen Regierung amtlich mitgeteilt, daß sie auf Grund des § 19 der Anlage II zu Teil 8 des Versailler Vertrages die Ausführung gewisser öffentlicher Arbeiten außerhalb der zerstörten Gebiete von Deutschland auf seine Kosten zu verlangen beabsichtige, und um die baldige Entsendung deutscher Sachverständiger nach Paris zum Zwecke der Besprechung der Ausführung des Programms gebeten.

Deutscherseits ist darauf erwidert worden, daß man bereit sei, Sachverständige zu bestimmen, die mit Vertretern der französischen Regierung im Rahmen des genannten Artikels 19 und der sonstigen jeweiligen Verpflichtungen Deutschlands aus dem Vertrage von Versailles über die Natur und den Umfang der Mate-

riellen und der Handarbeit zur Ausführung dieser öffentlichen Arbeiten verhandeln sollen, daß es aber vorher notwendig erscheine, die Vorfragen finanzieller Art und über die Berechnung zu klären. Es ist deshalb vorgeschlagen worden, daß zunächst über diese Vorfragen verhandelt wird. Hierfür ist eine Antwort der französischen Regierung noch nicht erfolgt.

## Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 18. Oktober. (W.Z.) Die vierte Internationale Arbeitskonferenz wurde heute vormittag unter starker Beteiligung von Presse und Publikum im Kursaal-Theater der Stadt Genf mit einer Rede des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts Fontaine-Franckreich eröffnet. Zum Präsidenten der Konferenz wurde wieder der Präsident des Vorjahres Lord Burnham-England gewählt, der in einer längeren Ansprache die Aufgaben der diesjährigen Tagung zusammenfaßte und darauf hinwies, daß die ersten Probleme des Handels und der Industrie nur noch international behandelt werden könnten. In diesem Zusammenhang erwähnte er besonders die Rede Mac Kennas auf dem amerikanischen Bankierkongress. Die Geschäftsleute, so fuhr Lord Burnham fort, seien jetzt überall im wahren Sinne des Wortes internationalistisch. Die Industrie in Europa, aber auch die Industrie in Amerika könne nicht mehr isoliert bleiben, ebenso sei der Geist der Industrie ein Gegner des militaristischen Geistes, wenigstens auch der Militarismus oft zu ungesunden industriellen Expansionen geführt habe. Die moralische Erziehung, von der de Jouvenel auf der Völkerbundversammlung gesprochen habe, könne nur erreicht werden, wenn man alle Kräfte den Friedensindustrien zuführe, wozu aber gesunde industrielle Verhältnisse gehören.

Auf der Konferenz sind 54 Staaten vertreten durch Regierungsbeamte, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierte. Für die deutsche Regierung sind erschienen: Ministerialdirektor Dr. Seymann vom Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat Scholz vom Reichsministerium des Innern mit den technischen Beratern Legationsrat Dr. Raffe und Regierungsrat Rüttig. Für die Arbeitgeber Kommerzienrat Bogel, für die Arbeitnehmer der frühere Reichsminister Rudolf Wissell.

## Die griechische Revolution.

Athen, 18. Oktober. (W.Z.) Das Revolutionskomitee hat an das Volk eine Kundgebung gerichtet, in der es u. a. heißt: Das Ziel der Revolution bestand nicht ausschließlich darin, König Konstantin zur Abdankung zu zwingen, es galt außerdem, den politischen und militaristischen Kreis sowie die hohle Gesellschaft, die sich um König Konstantin gebildet hatten und durch Unterdrückung der Freiheiten des Volkes den Zusammenbruch der Nation hervorgerufen hatten, zu sprengen. Die Politik der Revolution zielt nun auf die Erneuerung der Bündnisse Griechenlands mit den Großmächten hin, als dem einzigen Mittel, das Wohl des Landes zu fördern. Dementsprechend betrachtet die Revolution als Feinde des Vaterlandes alle diejenigen Kreise des Konstantinismus, die eine führende Rolle gespielt haben und an der Auflösung der Bündnisse schuld sind. Die Anhänger der Revolution wünschen, daß das Nationalgefühl wieder erlaube. Sie halten eine strenge Befreiung der Feinde des Vaterlandes, die an dem Zusammenbruch der kleinasiatischen Front und der Abtretung Thrakiens schuld sind, für unumgänglich nötig.

## Wahlvorbereitungen in England.

Randidatenaufstellung der Unabhängigen Arbeiterpartei.

London, 18. Oktober. (W.Z.) Der Landesauschuß der Unabhängigen Arbeiterpartei in Manchester hat gestern 82 Parlamentarierkandidaten für die bevorstehenden Neuwahlen besätigt. Nach einer offiziellen Mitteilung der Partei werden die unabhängigen Arbeiterkandidaten bei den Wahlen unter der Flagge der Arbeiterpartei kämpfen, aber das Programm der Unabhängigen Arbeiterpartei betonen. Es ist wahrscheinlich, daß die Zahl der unabhängigen Kandidaten noch bedeutend erhöht wird.

Ausdehnung des Kapallovertrags. Wie die B.P.R. hören, sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und den kleineren Sowjetrepubliken des Ostens zwecks Ausdehnung des Kapallovertrages auf diese Staaten wieder aufgenommen worden und versprechen einen erfolgreichen Ausgang.

## Musik-Internationale.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es gibt nichts Klares in der Kunst, das bei aller Selbstverständlichkeit nicht immer wieder in taube Ohren geschrien werden müßte. Auch Musikanten können schwerhörig sein, und die Einseitigkeit ihres Stimmfühls verführt sie oft zu Fehlurteilen, öfter noch zu zwangsläufigen Behauptungen mit der Politik. Nicht was geschrieben, sondern von wem es geschrieben ist, interessiert viele. Der Fall Wagner, der Fall Mahler, der Fall Schönberg können davon erzählen. So falsch es ist, das Wert eines Ausländers schon deshalb zu bezweifeln, weil es importiert und als Importware etwa interessant und von hoher Kunstakademie sein muß, so borniert ist es, dem fremdländischen Künstler deutsche Tore zu verschließen. Wir haben ja, weiß Gott, bei Vergleichen nichts zu riskieren, und werden den Schuld immer Schuld nennen, komme er von jenseits oder diesseits der Alpen. Also immer via Heran mit großlicher Kunst, sofern an ihr Neues zu hören ist. In einem Bereich, wie dem Berliner, verbleibt bei Häufung aller großartigen deutsch-klassischen Musik auch einmal das Allerbeste, das Allerglänzendste. Nach dem Boethoven-Jahr ist unser Schrei, die 9. Sinfonie endlich dem Feiertag zu bewahren, nicht unerwartet geblieben. Und jetzt — jetzt leben wir uns nach ihr zurück. War möge es nicht näherstehen, aber die Konzerte mit der einheimischen Musik, mit dem abgepolierten Repertoire, werden langweilig. Hefe tut not, Anreiz zur Diskussion, Anprall der Geister. Nur nicht schlafen, nur nicht deutschhümmeln, nur nicht einseitig internationalisieren! Eine internationale Musik gibt es ja gar nicht. Ein schöpferischer Kopf bringt in seine Partituren immer, immer ein Stückchen Mutter-Erde. Beschäfer ausländischer Musik-Anregung, einseitige Auslands-Lobredner, unentwegte fanatische Rämpen all-deutscher Töne: es will mich schier bedünken, daß sie alle stumm werden könnten, und sich stumm würden vor einer großen Tat. Das ist's: Raum für alle hat die Erde. Aber die Erde ist fruchtbar und unsere Ton-Böten nicht.

Erhebt einer aber sein Haupt wolkenschau über die Erde, so trägt er uns mit sich in die Himmel, in denen es zwischen deutsch und un-deutsch keine Unterschiede gibt. So Verdi, der Ur-Italiener, der Rationalheros. Sein Requiem rüttelt uns auf und beruhigt uns in einem, es trägt in sich das Theaterblut des Schändlers und die elegische Stille des trauernden Frommen. Rein Kirchenwerk, doch jeder Zoll Musik der vollen Herzen. Negro-witz überpointiert das Dramatische, streicht das Sanfte. Was er schafft, ist ein prachtvolles Auf und Ab an Erregung, Anteilnahme, Bewegung, Temperatur. Also selbst gegen Verbis Eingewöhnlichkeiten eine hingebende, spannungreiche Beisehnheit im Sinne des Meisters. Mittel hat hier seinen großen Anteil an Aufführung und Dank. Sein Chor hat das furiose Forté und das zurückdämmende Piano. Ihm ein einziges Bravo, das auf ein niemals noch vollwertiges Quartett (Rosa Walter, Frau Kradt-Ober, die Herren Richter und Knipis) sanft überstößt. Besonders sei die Sopranistin wegen ihres glanzvollen-mutigen Eintrags und der Saftigkeit wegen der runden Fülle seines weichen Tons besetzt. Ein anderer Italiener: Alfredo Cappelletta. Die Melos-Gemeinschaft setzt sich für ihn ein. Und er bewährt sich, nicht allein als Führer jung-italienischer Moderner,

sondern als eigener Kopf. Diese futuristischen Ideen sind oft nichts anderes, als die bequeme Sucht, apart zu erscheinen, alles Harmonische zu verdrängen, alles Gesetzmäßige in den Staub zu treten und am Schicksal vorbei zu musizieren. Auch Cappelletta ist in seiner Sonatina nicht frei von der Wollust am Witzkern, an überhäuften Allegros, an Quintraparaden, an Sekund-Säulungen. Doch durch das Langeweile weist ein starker Wille, ein lebendes Gefühl, ein südländisches Temperament, ein Sinn für Form in der Formlosigkeit, eine Sehnsucht nach Melodie. Ist sie nicht die geläufige, so legt sie sich doch gebieterisch durch. Das scheint nicht mehr Abirrung aus Schwäche, sondern Ziel ohne vorbedachte Melodie. Viel eher verdrängt die überwertige Idee des um jeden Preis Neuen Pizzetti oder Caselluovo den Kopf. In populären toskanischen Liedern (von Frau Benart frei gehalten) führt die Ungebundenheit schon eher; doch bleibt ein unsichtbarer rhythmischer Zusammenhalt zwischen Klavier und Stimme hörbar, auch wenn die Tatsachen fehlen. Die Freiheit artet nicht in Ungehoßtheit aus, der Ausdruck steigert sich. Aus solchen Tönen können Werke entstehen. Wie aber dieser Gott der nächsten zwei Jahrzehnte heißen wird — wir wissen es nicht.

Das F-Roll-Quartett Hildemiths vertritt noch keine Löwenklau. Ein Sucher, kein Pfadfinder. Es klingt höchstens klar, nachgedacht, etwas gesucht im Anschluß an César Francks schönes, weiseres, nur gar zu sehr in sich selber verliertes und endloses D-Dur-Quartett. Das Schubert-Quartett (Vejko-Schubert, Schröder, Marcus-Rocamoco, Doerner-Doerner) erbrachte besonders durch die Sicherheit und Berce der beiden Geigen, nicht zuletzt aber durch eine minutiöse Feinarbeit des vierköpfigen Ensembles den Beweis, daß Frauen reproduktiv den Männern nicht nachstehen. Ein wenig mehr Kultur des Tons, und dieses Quartett maridiert, auch ohne Galanterie-Ehrlichkeit, mit an der Spitze. Kultur des Tons: nun ja, man darf Kreislers Ton nicht mehr im Ohr haben. Aber diese Seele von Klang, diese Lebendigkeit des Ausdrucks, dieses Biorato geht aus der eigenen Seele nicht mehr heraus und bleibt höchster Rohstoff für alles, was musiziert. Eine gewisse Größe trönt die Bachsche F-Dur-Variation, wundervoll gefüllt durch Rauchenstein, eine romantische Wärme, ohne Ueberhebung. Beechovens C-Roll-Sonate. Ragnanis Präludium spielt Kreisler wohl authentisch. Sonst schiene uns der Strich und Ton hier nicht orgelhaft groß genug, und der Unterschied vom Allegro wäre belanglos. Wie herrlich ist's, diesen Mann zu den unseren zu zählen, wie schmerzhaft, ihn wieder abgeben zu müssen, ihn den Kreuzen der Deutschen auch im Ausland! In der Brahmschen Rhapsodie bewährt sich die Weinbaumische „Topographia“ wieder und empfindet sich durch verinnerlichte Klänge, vorbildliche Disziplin. Beider ging uns (aus der „Salome“-Aufführung) geht mehr als die Hälfte verloren. Elen Epstein plärrt noch sehr auf dem Klavier. Technische Benacht ist die Anschlags- und Tonkultur Pflege angedeihen lassen müssen.

Inzwischen hat sich tatsächlich eine internationale Musikgesellschaft konstituiert. Und Engelberg ist da. Von ihr und ihm laßt uns reden!

Zehntausend Erdbeben jährlich. Grundlegende Forschungen über die geographische Verbreitung, Häufigkeit und Stärke der Erdbeben sind von A. Sieberg in den Veröffentlichungen der Hauptstation für

Erdbebenforschung in Tewa niedergelegt, über die in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ berichtet wird. Als Grundlage der Untersuchungen dienen 25 000 kleinere Beben und 636 Großbeben. Diese Erderschütterungen lassen sich in sechs Klassen einordnen: in Welt- und Wiederkehrbeben, in Groß-, Mittel-, Kleinbeben, wozu die letzten zwei Gruppen umfassen, und in Lokalbeneben. Auf Grund der heutiger Beobachtungsmittel lassen sich alljährlich durchschnittlich mindestens 8000—10 000 Beben nachweisen. Die Erde wird also dauernd erschüttert; alle 52 Tage ereignet sich ein Weltbeben auf dem Festland und alle 28 Tage eins auf dem Meeresgrunde. Die Teile der Erde, die am meisten von Erderschütterungen heimgesucht werden, sind die Randzonen des Stillen Ozeans. Der Ursprung der meisten und gewaltigsten Welt- und Großbeben sind die Tonga, Kermadec-, Aleutengebirge. Unter den Festländern wird Asien am häufigsten von Erdbeben erschüttert, dann Südamerika mit den Hochgebirgen des Westens und Nordens. In Mittel- und Nordamerika kommen etwa ebensolche Beben vor wie im Indischen Ozean. Viel weniger von Erderschütterungen heimgesucht ist der Atlantische Ozean, und noch geringer ist das Auftreten der Erdbeben in Europa und Afrika, während Australien die allerwenigsten Beben aufweist. Die bebenreichsten Landgebiete überhaupt sind die nord- und mittelasiatischen Cordilleren, die über 1000 Beben im Jahr hat, dann die japanischen Inseln mit 420 und die ostafrikanischen Gebirge mit 300 Beben. Die einzelnen Gebirgsformationen zeigen den Erdbeben gegenüber ein sehr verschiedenes Verhalten. Am bebenreichsten sind die Kumpfgebirge der ältesten Zeit; dann folgen die alten Riffen- und Tafelgebirge. Die großen festländischen Einbruchgebiete kommen an dritter Stelle, und daran schließen sich die Hochgebirge der Tertiärzeit. Diese vier Formationen haben eine so geringe Bebenhäufigkeit, daß sie zusammen nur 8 Proz. aller im Jahre nachgewiesenen Erdbeben liefern. Die übrigen Formationen, in denen Beben vorüberreichen, sind sehr viel mehr von Erdbeben heimgesucht. Die meisten Welt- und Großbeben entstehen in den Bruchschichtgebirgen, den in junger Zeit zerstückelten Festgebirgen und vor allem in den Randgebieten, die den Tiefseerinnen benachbart sind. Aus diesen Untersuchungen ergibt sich also, daß die durch Faltung entstandenen Erdformationen für die Auslösung von Beben von ganz untergeordneter Bedeutung sind, dagegen Bruch und Verwerfung die meisten Erdbeben hervorrufen.

Tabak und Alkoholergiftungen des Auges. Bei der Untersuchung von Sehschwächen durch Tabak- und Alkoholvergiftung hat es sich, wie die „Deutsche Ophthalmologische Wochenschrift“ einem Vortrage von Dr. F. C. Sotter-Königsberg entnimmt, gezeigt, daß die meisten Patienten nicht gewöhnlichen Tabak, sondern selbstgekauften, nur einfach geräucherten Tabak geraucht oder gesaugt hatten. Dieser enthält etwa die doppelte Menge Nikotin als der richtig zubereitete Handels-tabak. Eine weitere Ursache für Tabakschädigungen des Auges liegt in der unhygienischen Art des Rauchens, der Verwendung kurzer, nicht gereinigter Pfeifen und dem Einatmen des Pfeifenrauchs in die Lunge. Bei der Sehschwäche durch Alkohol ist da die Wehrzahl der Patienten Brennspritusgenuß zuzug, als wahrscheinlich anzunehmen, daß dessen Methyloxydalkoholgehalt schädigend auf die Augen wirkt. Die durch Unterernährung bedingte geringere Widerstandsfähigkeit gegen Giftstoffe schafft dafür günstige Bedingungen.

# Das Grubenunglück auf „Helene Amalia“.

### Bergbaufragen im Preussischen Landtag.

Im Landtag wurde zunächst die Tagesordnung etwas umgemodelt. Die Große Anfrage unserer Genossen und die der Deutschen Nationalen über den Fall Stubentrauch wurde von der Tagesordnung abgesetzt, ebenso eine Große Anfrage des Genossen Feld, die älteren Datums ist, und die die Beratung der Befreiung von Lehrpersonen zu Rektoren in Berlin behandelt. Der Fall Stubentrauch scheint der Deutschen Volkspartei und ihrem Minister Boelzig etwas unangenehm zu sein; denn die Kleine Anfrage der Volksparteier zum Fall Stubentrauch, die umgehend nähere Mitteilungen über den Fall verlangt, hat sicherlich keinen anderen Zweck als den, die Debatte über den Fall Stubentrauch zu verhindern. Minister Boelzig selbst läßt erklären, er sei zur Beantwortung ab Donnerstag bereit.

Ein Gesetzentwurf über die Errichtung eines Provinzialverbandes Grenzmark Posen-Westpreußen wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Unser Genosse Gehrmann betonte, daß die Sozialdemokratie gegen den Gesetzentwurf sei, weil er unwürdig den Beamtenapparat vergrößere.

Es folgte nun die Beratung der Großen Anfrage der Kommunisten über das Grubenunglück auf der Zeche „Helene Amalia“ im Bergrevier Essen. Verbunden damit ist die Beratung eines kommunikativen Antrages, staatlich besoldete Grubenkontrolloren aus der Bergarbeiterklasse anzustellen. Nach dem Kommunisten Sobotta wies Genosse Otter, der das Haus zur Besprechung der Großen Anfrage veranlaßte, auf die dringend nötigen Sicherheitsmaßnahmen hin, die im Bergbau noch immer recht unvollständig sind. Auf der Zeche „Helene Amalia“ sollten die Aufbaumensarbeiten möglichst wenig Geld kosten. Es wurde an Arbeitskräfte gespart. Daher das Unglück, das 23 Bergleuten das Leben kostete. Genosse Otter verlangte, daß die Verwertung von Dynamit von der besonderen Erlaubnis der Bergbehörde abhängig gemacht werde. Er rügte den Mangel an Wasserleitungen. Die Grubenunglücksfälle — betonte Genosse Otter — mehren sich in der letzten Zeit. Die große Todesziffer im Bergbau stammt nicht von den großen Katastrophen, sondern von den vielen vereinzelt unglücklichen. Der Rettungsapparat verlagert. Schlechtes Grubenholz wird verwendet. Ueber die Schaffung von Grubenkontrolloren ist schon genug geredet worden. Bereits im vergangenen Frühjahr wurde im Hause ein Antrag angenommen, der in dieser Frage einen Weg wies. Der Weg wurde aber nicht beschritten. Selbstverständlich müssen die Bergarbeiter mehr zum Ausbau des Sicherheitsdienstes herangezogen werden. — Der Oberbergbauamtmann erklärt, die Betriebsräte hätten das Recht und erst die Pflicht, die Gruben mehrmals im Monat zu besichtigen und die Revierbeamten zu begleiten; diese hätten die Anweisung, die Betriebsräte nach Bedarf zusammenzurufen, um die Wünsche der Bergarbeiter zu erfahren. — Der Antrag Sobotta bezüglich der Grubenkontrolloren geht an den Handelsauschuß.

Bei der Beratung der Uebersichten über die Ergebnisse der anderweitigen Verpachtung der pachtfrei gewordenen und werdenden Domänen wies der Kommunist Schulz-Neuß auf die himmelstreichenden Zustände in der Domänenverpachtung hin. Eine ganze Domäne von 964 Hektar ist z. B. für 25 000 M. verpachtet worden. Der scharfe Angriff des Kommunisten hätte, wie unser Genosse Peters-Hochdom betonte, einen tiefen Eindruck gemacht, wenn die üblichen Schimpfwörter nicht gefallen wären. Unser Genosse wies darauf hin, daß schon bei der Haushaltsberatung die Sozialdemokratie mit einem Antrag den Weg gezeigt hatte, den jetzt die Kommunisten verfolgen. Leider habe die Förderung der Selbstbewirtschaftung von Domänen bei der Mehrheit des Hauses keine Freunde gefunden.

Nach Erledigung der Domänenangelegenheit kommt der Antrag der Regierungspartei auf Hilfe für die Privatdozenten in Form von Unterhaltsbeihilfen und Lehraufträgen mit Vergütung bis zu 80 Proz. des Anfangsdiensfeinkommens an die Reihe. Genosse Weyl fordert schnelle Hilfe; denn sonst könne künftig nur der Privatdozent sein, der über beträchtliche Mittel verfüge. Weiterberging müsse gegeben werden und nicht die Fakultäten, sondern die Privatdozenten selbst müssen entscheiden, wer hilfsbedürftig sei. — Der Antrag geht an den Hauptauschuß.

Die Novelle zum Gesetz über die Feuerbestattung geht an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Die Berliner Straßenkrawalle vor dem Zirkus Busch. — Schluß kurz nach 5 Uhr.

Die „Welt am Abend“, eine im September gegründete republikanische Spätabendzeitung, hat dieser Tage ihr Erscheinen einstellen müssen.

Gehorsam bis zur Verantwortungslosigkeit. Im Prozeß gegen die Beteiligten am Morde Rathenaus kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Unterordnung und der Gehorsam eine große Rolle gespielt haben. Tschow folgt blindlings Kern, weil er in ihm einen Vorgesetzten sah. Tilsen hofft, als Vorgesetzter Kern von der Mordtat abhalten zu können. Man versteht solchen Kadavergehorsam nicht, und doch weiß auch die Geschichte von Achnichem zu berichten. Am dem Abend vor dem Abzuge Napoleons nach St. Helena begab sich Savary zu Lord Keith an Bord und erklärte ihm, daß, wenn sein Kaiser wirklich nach St. Helena gebracht werden sollte, er dessen Befehle befolgen und ihm eine Kugel durch den Kopf schießen würde. „Sie können immerhin seinen Befehlen Gehorsam leisten“, meinte der Admiral katzbäutig, „allein ich lasse Sie dann für Ihren Gehorsam aufhängen.“

Das Ende der ersten deutschen Eisenbahn. Aus Nürnberg wird uns geschrieben: Die Ludwigsbahn, die im Jahre 1834 zwischen Nürnberg und Fürth erbaut wurde und sieben Kilometer lang ist, war bekanntlich die erste deutsche Eisenbahn. Auch sie ist ein Opfer der Zeitverhältnisse geworden. Die Ludwigsbahn, die einer Privatgesellschaft gehört, deren Hauptaktionär die Stadt Fürth ist, ist infolge der gewaltig gestiegenen Betriebskosten unrentabel geworden. Daher soll der Betrieb schon in aller nächster Zeit völlig eingestellt werden. Allerdings ist die Stadt Fürth an die Stadt Nürnberg mit dem Ersuchen herangetreten, die Bahn zu übernehmen und in ihr elektrisches Straßenbahngesetz einzuziehen. So könnte die älteste deutsche Eisenbahn meistens als elektrische Straßenbahn erhalten bleiben.

Vom Kunstgewerbemuseum. Einer der Führer der Münchener Neuen Sezession, Bildhauer Edwin Scharf, beginnt mit diesem Semester seine Lehrtätigkeit an der Unterrichtsanstalt, gleichzeitig mit dem Berliner Graphiker Lucian Bernhard. Im Vortrage des alten Kunstgewerbemuseums, Prinz-Albrecht-Str. 7, ist eine Ausstellung eröffnet worden, die eine Uebersicht über das Schaffen Bernhards auf dem Gebiete der Plakatkunst gibt. Eine weitere Bereicherung erklärt das Institut durch die Übernahme der Buchbindermeister der Reichs- und Reichsschule des Vereins der Künstlerinnen (Buchbindermeisterin Bräunlein Hubin).

Die Vollendung der Antiken-Museen. Infolge der Gebührenden der Pergamonischen Bildwerke hatte die Vereinigung der Freunde antiker Kunst an den Kultusminister eine Eingabe gerichtet. Das Ministerium antwortete, das es nicht in der Lage sei, über die Weiterführung des Neubaus auf der Berliner Museumsinsel eine bindende Erklärung abzugeben, da sich weder ein Programm für den Innenausbau noch ein Finanzplan aufstellen ließe. Angehörigen sind nun doch drei Sätze des Pergamon-Museums mit Skizzen versehen worden. Der große Hauptaal, in dem der Altar wieder aufsteht werden soll, wird im nächsten Frühjahr einbezogen werden.

Reinhold Gesamtsamte Werke. Am Sowjet-Staatsverlag erscheint jetzt eine Gesamtsamte der Werke Reinholds, die 19 Bände großen Formats umfassen soll. Das Material wird, wie die „Rigische Rundschau“ meldet, chronologisch geordnet sein. Der erste Band heißt: „Die ersten Schritte der sozialistischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1891—99“. Viele Bände enthalten die zahlreichsten, im Exil verfaßten Aufsätze Reinholds. Der achte Band trägt den Titel: „Die erste russische Revolution 1905—07“. Band 9 behandelt „Die Agrarfrage“, Band 10 „Die russische Gegenrevolution“, Band 11 den „Weltkrieg“. Die Schlussbände 15—18 sind dem Thema „Die Herrschaft des Proletariats“ und der letzte Band der „Nationalitätenfrage“ gewidmet.

# Bayern zur Teuerung.

### Eine Denkschrift an die Reichsregierung.

München, 18. Oktober. (W.T.B.) Die Bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung eine Denkschrift gerichtet, die sich zunächst mit den sich ganz besonders in Bayern verhängnisvoll geltend machenden Auswirkungen der Teuerungskatastrophe beschäftigt. Die Denkschrift betont, daß an dem Worte des Reichstagslers: Erst Brot, dann Reparationen unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Ebenso müsse nicht die Wirtschaft, sondern der Staat herrschen.

Als Maßnahmen zur Verhütung weiterer Verschlechterung der Markt und zur Besserung ihres Wertes bringt die Bayerische Regierung in Vorschlag: 1. Sicherung der Ruhe und Ordnung im Inland (!), 2. Strengste Sparsamkeit im Reichshaushalt durch Vereinfachung der Verwaltung, Einschränkung des Aufgabekreises des Reiches auf das unbedingt Notwendige, Unterlösung aller nicht unbedingt nötigen Neuerrichtungen und Beseitigung der Defizitwirtschaft der öffentlichen Betriebe, 3. möglichste Verhinderung der Ausfuhr lebenswichtiger Waren, deren Bedarf im Inlande nicht vollständig gedeckt ist, 4. Hebung der inländischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung und ihre Einstellung auf das Unentbehrliche, Veredelung des Rohstoffes (!?) unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung desselben, 5. Einschränkung des inländischen Bedarfs auf das Unentbehrliche, 6. Verhinderung der Einfuhr von Luxuswaren, 7. möglichste Heranziehung der Ausfuhr zur Deckung der unentbehrlichen Einfuhr, 8. Verbot der Fakturierung und Zahlung in Auslandswährung für den gesamten Inlandsverkehr.

Außerdem schlägt die bayerische Regierung als repressive und prophylaktische Maßnahmen gegen die Auswüchse der Geldsucht und gegen das räufischste Streben nach eigener Sicherstellung vor:

1. Strenge Ueberwachung der Verbände, Kartelle und Syndikate in Industrie und Handel, insbesondere ihrer Preisfestsetzung im Wege einer hohen Strafen vorsehenden Rotterordnung.
2. Preisüberwachung auch im übrigen Verkehr.
3. Schärfste Bekämpfung des Wuchers mit Zuchthaus, Ausweisung und Schließung des Betriebes als Strafmittel.
4. Verringerung und Säuberung des Zwischenhandels.

Die Denkschrift betont schließlich, daß alle diese Vorschläge nur eine Änderung des Lebens, aber keine Heilung bringen können und fährt fort: Die Grundursache des Uebels liegt in unseren Reparationsverpflichtungen und in dem Mißverhältnis zwischen inländischem Verbrauch und inländischer Produktion, durch welches die Passivität unserer Zahlungsbilanz bedingt wird. Unter diesen Umständen ist der Vorschlag einer künstlichen Stabilisierung des inländischen Preisniveaus wohl eingehender Prüfung wert; dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, den gesamten Devisenverkehr zum Zweck strengster Sparsamkeit und schärfster Einschränkung der Einfuhr zu zentralisieren und alle inländischen Preise, Gehälter und Löhne auf ihre dermalige Höhe, allenfalls unter Beziehung auf die Friedenspreise und Friedenslöhne behördlich festzusetzen. Auf solche Weise könnte der Einfluß des ausländischen Wertes der Markt auf ihren Inlandswert abgeriegelt werden, ohne daß die Volkswirtschaft im ganzen dadurch zu Schaden käme.

# Kunze-Krawall in Oppeln.

### Gummiknäppel und Armeepistole.

Oppeln, 18. Oktober. (Eigener Droßbericht.) In einer öffentlichen Versammlung sprach heute Knäppel-Kunze über das Thema: „Sollen wir hungern?“ Die zahlreich erschienenen Arbeiter unterbrachen ihn stürmisch, vor allem deswegen, weil der Versammlungsleiter statt einer Klingel einen Dicken Gummiknäppel benutzte. Als die Arbeiter Miene machten, die Bühne zu besetzen, zog Kunze eine Armeepistole. Ein einzelner Arbeiter wagte sich trotzdem auf die Bühne und wollte Kunze mit einem Stuhl die Pistole aus der Hand schlagen. Kunze schoß den Arbeiter nieder. Panikartig verließ ein Teil der Zuhörer den Saal. Als Kunze auch vor Kriminalpolizisten die Waffe nicht streckte, wurde er noch Kampf von den Arbeitern entwischt und verprügelt. Dem Vernehmen nach hüßte er dabei das linke Auge ein, war aber imstande, allein einen Arzt aufzusuchen. Der niedergeschossene Arbeiter wurde bewußtlos aus dem Saal getragen.

Die Situation war nicht derart für Kunze gefährlich, daß er schießen mußte. Trotzdem die Waffen erregt waren, war es den anwesenden Arbeiterführern gelungen, das Neuherte zu verhalten und die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Als aber Kunze den Arbeiter niedergestreckt hatte, war jede Rohnung zur Besonnenheit vergebens. Trotzdem ist es nur dem Eingreifen der Führer zu verdanken, daß Kunze überhaupt mit dem Leben davonkam.

Es ist unerhört, daß die Oppelner Regierung Kunze weitere Versammlungstätigkeit erlaubt hatte, nachdem in mehreren Städten Oberschlesiens seine Versammlungen außerordentlich unruhig verlaufen waren. In Beuthen z. B. wurden Arbeiter von Kunze-Deuten mit Gummiknäppeln geschlagen, eine Tatsache, die unter der Oppelner Arbeiterkategorie große Erregung ausgelöst hatte. Die Oppelner Arbeiterkategorie kann nicht verstehen, daß die Regierung es gestattet, daß Kunze, nachdem der Nationalitätenkampf in Oberschlesien zu Ende ist, neue Rassenverheerung predigt.

# „Rechtsbeugung“.

Mit einigen Erkaumen lesen wir diese Ueberschrift in dem offiziellen Mirbachschen Telegraphenbureau. Man ist doch sonst so harte Urteile über die Justiz von halbamtlichen Stellen nicht gewöhnt. Aber so! Es handelt sich um ein Urteil der Ersten Strafkammer des Saarbrücker Landgerichts, das den Genossen Valentin Schäfer wegen Beleidigung eines französischen Offiziers zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt hat. Zu dem Urteil schreibt das M.B. folgenden Kommentar:

Die Verurteilung Schäfers ist wieder einmal bezeichnend für das im ganzen besetzten Westen leider nur so gut bekannte System der französischen Besatzungsjustiz. In Hunderten von Fällen kann man immer die gleiche Beobachtung machen: Ein Angehöriger der französischen Besatzungsgruppen läßt sich irgendeine Ausgrenzung gegenüber einem Deutschen zuschulden kommen. Der Deutsche sucht sein Recht entweder auf gerichtlichen Wege oder er schießt sich in die Öffentlichkeit der Presse. Es kommt zu einer Gerichtsverhandlung, der Franzose wird fast immer freigesprochen, der Deutsche wird wegen Behauptung „nicht nachweisbarer“ Tatsachen verurteilt. Nicht „nachweisbar“ ist die Tatsache aber nur deshalb, weil das französische Gericht sie nicht nachgewiesen haben will. Auf gut Deutsch nennt man das ganze: Rechtsbeugung, Justizwillkür, Justizschand!

Das ist alles sehr schön und gut. Aber welcher Unterschied besteht eigentlich, wenn ein Deutscher in Deutschland an Ausschreitungen des Militarismus Kritik zu üben wagt? Wenn er gar mit seiner Beschwerde in die Öffentlichkeit flüchtet? Dann wird auch er wegen Behauptung „nicht nachweisbarer“ Tatsachen verurteilt, der Offizier wird freigesprochen — nur haben wir noch nie gehört, daß ein offizielles Bureau sich in solchen Fällen über „Rechtsbeugung, Justizwillkür und Justizschande“ beschwert hätte.

# Haftentlassung der „Fahnen“-Redakteure.

Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, sind die im Zusammenhang mit den Vorgängen am Zirkus Busch verhafteten Kommunisten Brandler, Thalheimer, Borowski und Sievert aus der Haft entlassen. In Haft befindet sich noch der Chefredakteur der „Fahne“, Süßkind, der Ausländer ist.

# Die „Rano“ in Ostpreußen.

Der sogenannte „Reichsarbeitsnachweis für ehemalige Offiziere, Offiziersangehörige und Polizei“ („Rano“), mit dem wir und in unserer Abendausgabe vom Mittwoch beschäftigten, hatte sich vor wenigen Tagen an den Königsberger Polizeipräsidenten Genossen Läßbring mit dem Ersuchen gewandt, innerhalb der dortigen Schutzpolizei Propaganda in der Form von ausstehenden Vorträgen unter den Beamten für seine Zwecke machen zu dürfen. In Anbetracht des angeblich neutralen, rein gemeinnützigen Charakters dieser Organisation, so wie er ihm dargestellt wurde, hatte Genosse Läßbring die erbetene Genehmigung erteilt und die ersten Vorträge sollten noch in dieser Woche beginnen. Infolge der Veröffentlichung im „Vorwärts“ hat Läßbring telegraphisch die zuständigen Stellen angewiesen, die erteilte Erlaubnis sofort zurückzuziehen. — Dieses Beispiel zeigt auf neue, daß nur durch die Wachsamkeit der Parteigenossen, die jeden verdächtigen Vorgang ihrer Presse sofort mitzuteilen haben, den an verantwortlicher Stelle im Reich und in den Ländern stehenden Sozialdemokraten die Möglichkeit gegeben wird, wirksam für die Demokratisierung der Verwaltung und gegen die Bestrebungen der Reaktion zu kämpfen.

# Hochkonjunktur in Landesverratsprozessen.

### Ein neuer Prozeß in München.

Ein neuer Landesverratsprozeß hat, wie M. aus München meldet, vor dem Münchener Volksgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit begonnen. Er richtet sich gegen den aus Augsburg stammenden Studenten Gustav Niedinger, der beschuldigt wird, Landesverratern wissenschaftlich Beistand geleistet zu haben. Im Mai 1920 hatten der damalige Inhaber der Luftschiff-Gesellschaft Rudolf Wolff und der Betriebsleiter des Bayerischen Luft-Vogel Franz Hemberger einer Enquete-Kommission Material übermittelt und waren deshalb später zu Zuchthausstrafen verurteilt worden. In diese Affäre ist Niedinger verwickelt. Niedinger, der im Kriege Flugzeugführer war und im Jahre 1919 als Mitglied der damaligen Roten Armee wegen Hochverrats verurteilt wurde, bestritt in der Verhandlung jede Mitschuld.

Sollte dieser Prozeß am Ende ebenso dem ehemaligen Offizier der Roten Armee gelten, wie der Fehnbach-Prozeß dem ehemaligen Sekretär Eisners galt?

# Die Strafverbüßung der Rathenau-Mörder.

BS. Leipzig, 18. Oktober. Ueber die Strafverbüßung der im Rathenau-Prozeß zu Freiheitsstrafen verurteilten Angeklagten erfährt die BS-Korrespondenz, daß Ernst Werner Tschow und Günther dem Zuchthaus Sonnenburg, v. Salomon und Niedrig dem Zuchthaus Brandenburg zugeführt werden. Von den zu Gefängnisstrafen verurteilten Angeklagten werden Hans Gerb Tschow und Plass ihre Strafen in Röhrensee verbüßen, während Tilsen nach der Strafanstalt Zeigert übergeführt wird. Für den Transport der Verurteilten sind besondere Sicherheitsmaßnahmen von den Strafvollzugsbehörden getroffen worden. Gegen Tilsen schwebt bekanntlich ein weiterer Haftbefehl in dem Verfahren gegen die Scheidemann-Mitläufer und eine Untersuchung wegen Gefangenendefreierung.

# Der Hermes-Prozeß.

Berlin, 18. Oktober. (M.) Die Beleidigungsklage, die gegen den Redakteur der „Freiheit“ Anton Henkel vor dem Landgericht I schwebt, wird am 21. Oktober unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rehn beginnen. Es sind mehrere Tage für die Verhandlung in Aussicht genommen. Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird als Nebenkläger an der Verhandlung persönlich teilnehmen und hat zum Rechtsbeistand R.-A. Dr. Alberg gewählt. Der Angeklagte Henkel wird durch Professor Dr. Singheimer, Frankfurt a. M., und R.-A. Dr. Boehm, Berlin, verteidigt. Die Anklage wird durch Generalstaatsanwalt Lindow vertreten werden.

Ueber den Bund für Freiheit und Ordnung macht die „Rote Fahne“ eine Reihe von Einzelangaben. Am Karlsbad 10. wo der Bund seinen Sitz hat, soll sich gleichzeitig die Drages-Zentrale Berlins befinden. Auch Escherich soll dort verkehren. Die Gebete würden von dem Banquiere F. W. Krause u. Co. von ehemaligen Rotschwarz-Offizieren verwaltet. Ferner soll der „Bund für Freiheit und Ordnung“ Beziehungen haben zu aufgelösten und jetzt unter anderem Namen existierenden Selbstschutzhörbänden, die namentlich aufgeführt werden. Schließlich wird noch ein angebliches Rundschreiben des Bundes wiedergegeben, in dem ausgesprochen wird, daß nur durch Waffengewalt ein linksradikaler Umsturz in Deutschland verhindert werden könne. Die Mittel des Staates seien zu schwach zu einer Widerwerfung eines Aufstandes in Berlin, und deshalb müßten die staatsverhaltenden Elemente sich organisieren und zu der Waffe greifen, die ihnen bei der Hand ist. — Soweit die Mitteilungen der „Roten Fahne“. Wir können sie in den Einzelheiten nicht nachprüfen. Aber auch unser Gesamteindruck geht dahin, daß sich hinter dem „Bund für Freiheit und Ordnung“ verdächtige Bestrebungen zu maskieren suchen und daß es Sache einer strengen Untersuchung sein muß, diese Mäse zu lüften.

Der Wohnungsanspruch des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Gesetz über Mieterschutz und Mietereinigungsämter. Die Aussprache wandte sich zunächst der Frage der Voraussetzung für Aufhebung des Mietverhältnisses zu. Nach längerer Debatte wurde die Bestimmung angenommen, daß der Mieter mindestens zwei Monate mit der Miete rückständig sein muß, ehe der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen kann. Beim Rückstand einer Mietjahresmiete muß mindestens noch ein vierter Monat verstrichen sein.

Das preussische Staatsministerium hat sich bei der Durchberatung der dem Reichsrat vorliegenden Anträge über die Ausgestaltung der gesetzlichen Feiertage für die Einsetzung des 11. August als Nationalfeiertag entschieden und ist auch dafür eingetreten, daß an diesem Tage ein allgemeines Beflaggen durch die Reichsfahne stattfindet.

Neue Erhöhung des Papierpreises. Der Preis für Zeitungsdruckpapier ist mit Wirkung vom 16. Oktober von 83 M. auf 99,50 M. für das Kilo erhöht worden.

Abrüstungskonferenzen in Moskau. Der Beginn der großen Abrüstungskonferenz in Moskau, an der Polen, Estland, Lettland und Finnland teilnehmen werden, ist auf den 30. Oktober angelegt worden.

Genosse Dr. Hifferding soll nach einer Meldung bürgerlicher Blätter Staatssekretär im Reichsfinanzamt an Schröders Stelle geworden sein. Schröder soll das Amt des Staatssekretärs v. Simson im Auswärtigen Amt übernommen haben. Diese Nachricht hat verschiedenen Blättern Anlaß zu allerhand politischen Kommentaren gegeben. Sie ist aber falsch.

# Gewerkschaftsbewegung

## Das Hausangestelltengesetz.

### Dreizehnhündige Arbeitsbereitschaft.

Der Vorsitzende Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich bekanntlich in seinen Ferien in mehreren Sitzungen mit dem Entwurf eines Hausangestelltengesetzes. Da eine Einigung über die Arbeitszeit nicht erzielt werden konnte, verließen damals in der letzten Sitzung die Vertreter der Arbeitnehmer demonstrativ den Saal, was zur Folge hatte, daß alle Anträge der Arbeitgeber angenommen wurden. Nach Beendigung der Ferien begann der Reichswirtschaftsrat gestern die dritte Lesung des Gesetzentwurfes. Die Arbeitnehmervertreter hatten dazu eine große Zahl von Anträgen eingebracht, die die Wiederherstellung der Fassung des Sozialpolitischen Ausschusses zum Ziele haben. Die Frage der Arbeitszeit bildet wieder den Gegenstand lebhafter Aussprachen. In der zweiten Lesung wurde beschlossen, daß der Hausangestellte eine ununterbrochene Nachtruhe von neun Stunden zu beanspruchen hat. In der gestrigen Sitzung beantragte die Vertreterin der Arbeitgeber, Frau Mühlam, statt der neunhündigen Nachtruhe eine dreizehnhündige Arbeitsbereitschaft, die aber angeht die Eigenart des Haushaltes nicht auf 13 zusammenhängende Stunden festgelegt werden könnte. Ein Antrag Thiesens, eine Arbeitsbereitschaft innerhalb 13 zusammenhängender Stunden festzulegen, fand die Unterstützung der Regierung. Dem Antrag Mühlam wurde von den Vertretern der Arbeitnehmer energisch widersprochen. Die Beschlüsse der zweiten Lesung wurden bei der Abstimmung im wesentlichen beibehalten. Der die Arbeitszeit regelnde § 12 erhielt entsprechend dem Antrag Mühlam einen Zusatz, der besagt, daß die Arbeitsbereitschaft täglich höchstens 13 Stunden betragen darf. Darauf wurde der Gesetzentwurf auch in der Gesamtabstimmung angenommen. Nächste Sitzung heute 10 Uhr.

Der Standpunkt der Hausangestellten wurde am 11. und 12. Oktober in allen Ortsgruppen des Zentralverbandes dahingehend zum Ausdruck gebracht, daß sie zur objektiven Beurteilung des Vorsitzenden Reichswirtschaftsrates bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes alles Vertrauen verloren haben und von dem Reichstag mehr Verständnis erwarten.

Die Hausangestellten fordern die Festsetzung einer zehnhündigen Arbeitszeit mit entsprechenden Pausen und Freiheit und Ablehnung des Eichbildes.

## Kriegserklärung der süddeutschen Metallindustriellen.

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet folgende Warnnachricht: Berlin, 17. Oktober. Von der süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller geht uns folgende Mitteilung zu: „Der Vorstand der süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat in seiner letzten Sitzung die derzeitige Lage der Metallindustrie und die Auswirkungen der bei der gesamten Industrie, beim Reich, bei den Ländern und den Gemeinden in immer kürzeren Abständen sich wiederholenden Erhöhungen der Löhne und Gehälter eingehend erörtert. Es wurde festgestellt, daß diese Erhöhungen den Lohn- und Gehaltsempfängern in keinem Falle einen Nutzen gebracht haben, da sie durch ihre Wirkung auf Rohstoffgewinnung, Frachten, Fertigerarbeit und Rollenpreise stets eine neue verstärkte Steigerung aller Preise unmittelbar nach sich ziehen mußten. Zugleich haben sie jedoch zu derartigen Steigerungen der zum Weiterbetrieb der Unternehmungen erforderlichen Mittel geführt, daß deren Ausbringung heute nicht mehr möglich ist und die Betriebe unbedeutend zu Einschränkungen und Stilllegungen gezwungen werden. Dies zeigt sich heute schon in zahlreichen Industriezweigen und wird sich in kurzer Zeit in noch größerem Umfange zeigen, da mit den Preiserhöhungen auch die Kaufkraft des Inlandes vernichtet wird und die Möglichkeit des Abzuges im Ausland durch das Herandrücken der Weltmarktpreise in Verbindung mit der verstärkten Schutzzollpolitik immer mehr schwindet.“

Die dauernden Lohn- und Gehaltserhöhungen führen somit unfehlbar zu einer weiteren Verminderung der Produktion, also gerade zum Gegenteil dessen, was allein eine Besserung der Wirtschaftslage bringen könnte, eine

stärkere Produktion bei gleichzeitiger Senkung der Konsumtion. Wenn auch die ungünstige Entwicklung der deutschen Wirtschaft seit Kriegsende nicht allein eine Folge der Lohn- und Gehaltserhöhungen ist, sondern maßgebend beeinflusst wurde durch die Passivität der Zahlungsbilanz und die Reparationslasten, so ist heute doch kein Zweifel mehr darüber möglich, daß diese Erhöhungen, ohne irgendwelchen Nutzen zu bringen, die Entwicklung in einem Maße verschärft und beschleunigt haben, daß die Arbeitgeber die Verantwortung für ein Weitergehen auf diesem Wege

durch freiwilliges Zugestehen von Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht mehr übernehmen können.“

Soweit „Wolff“ — Die Lohn- und Gehaltsempfänger wissen längst schon selber, daß ihnen mit der ziffernmäßigen Erhöhung ihrer Papiereinkünfte und -gehälter nicht geholfen ist, da sie im Wettbewerb mit den Lebensmittelpreisen stets weit zurückbleiben. Solange jedoch die Beschreiber ihre Dröken feiern, solange sind die Arbeitnehmer einfach gezwungen, Lohnerhöhungen zu fordern, um auch nur den notdürftigsten Lebensunterhalt zu fristen.

Der Ausweg, den die süddeutschen Metallgewaltigen, die sich jetzt offenbar von ihren Vorbeeren im Kampfe um verlängerte Arbeitszeit ausgerubt haben, hier vorschlagen, ist kein Ausweg, sondern die Aushändigung eines Gewaltaktes. „Stärkere Produktion bei gleichzeitiger Senkung der Konsumtion“ heißt in einfaches Deutsch übertragen: Weitere Verlängerung der Arbeitszeit und weitere Verschlechterung der Lebenshaltung.

„Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt um jeden Preis,“ scheint die Methode zu sein und das Mittel zu diesem Zweck, die Hungerpeitsche als Ansporn zu längerer und größerer Arbeitsleistung. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, ihre Reichen so zu stärken, daß sie gegen solche Herausforderungen nicht wehrlos ist.

## Die Kinderzulage der Postagenten.

Aus den Kreisen der Postagenten wird uns geschrieben: „Die Beamten erhalten an Kinderzulagen für ihre Kinder 1554 bis 2331 M. monatlich. Die vollbeschäftigten Postausseher (wazu jede Person ohne jede Vorkenntnisse verwendbar ist) erhalten an Kinderzulagen monatlich 672 M. Die vollbeschäftigten Postagenten, die die Rechte und Pflichten eines Reichsbeamten haben, mittleren Beamten dienst tun, Vorsteher einer Postanstalt sind und für diese volle Verantwortung tragen, erhalten für ihre Kinder 96 bis 144 M. Kinderzulage ohne Steuerzuschlag. Die Postagentenlinder erhalten also den sechzehnten Teil der Kinderzulagen der Beamtenkinder.“

Wo bleibt hier die Gerechtigkeit und das vielversprochene Wohlwollen der Postverwaltung den Postagenten gegenüber?“

## Die Friedensvertrag-Abrechnungsstelle.

Bezugnehmend auf die Angaben in der letzten Sonntag-Ausgabe des „Vorwärts“ vom 15. Oktober unter der Aufschrift „Was die Republik duldet“ erhielten wir von der Friedensvertrag-Abrechnungsstelle G. m. b. H. auf Grund des § 11 des Pressegesetzes nachstehende Verichtigung:

1. Es ist unrichtig, daß Angestellte entlassen worden sind wegen des Verdachtes der Zugehörigkeit zu einer linksorientierten Gewerkschaft oder Partei, oder daß Einkintenen jemals von der Zugehörigkeit zu einer linksorientierten Gewerkschaft oder Partei abhängig gemacht worden wären.

2. Von dem angeblichen Dialogbewerber — Verlanowski — ist der Geschäftsleitung nicht das geringste bekannt. Es ist Anordnung der Geschäftsleitung, strikte Neutralität in Bezug auf die Zugehörigkeit zu politischen Parteien zu üben. Fragen über die politische Richtung, der ein Bewerber oder Angestellter angehört, dürfen überhaupt nicht gestellt werden. Die politische Zugehörigkeit eines Angestellten — soweit sie der Geschäftsleitung überhaupt bekannt wäre — bleibt im Falle von Kündigungen außer Betracht (§ 84 B. G.).

3. Der Geschäftsleitung der Friedensvertrag-Abrechnungsstelle ist nichts darüber bekannt, daß der Vorsitzende des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten im Betriebe der Friedensvertrag-Abrechnungsstelle beschäftigt sein soll.“

## Arbeiterinnenausbeutung in Berlin.

Stundenlöhne von 20—30 Mark erhalten Arbeiterinnen, die in Stückgeschäften mit der Herstellung von Papierstud für den Film usw. beschäftigt werden. Daß dieser horrenden Lohn unter den heutigen Verhältnissen nicht einmal zum Sattessen, geschweige denn zur Kleidung reicht, dürfte jedem normalen Menschen klar sein. Den betreffenden Arbeitgeberern wahrheitsliebend, und wohl auch dem Inhaber der Bildhauer- und Studienteurwerkstatt Herrn Paul Wulff, Schöneberg.

Nachdem diese Arbeiterinnen sich im Bauarbeiterverband organisiert hatten, nahm ein Vertreter desselben Veranlassung, mit Herrn Wulff in Verbindung zu treten, um eine höhere Entlohnung zu erreichen. Im Verlauf der Verhandlung, wenn man von einer solchen reden kann, ließ Herr Wulff eine Arbeiterin herbeiholen, um ihr das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor Augen zu führen und dadurch zu erreichen, daß die Arbeiterinnen von ihrer Forderung abließen.

Herr Wulff war zu nichts zu bewegen. Wenn die Herren jedoch glauben, weiter derartige Hungerlöhne zahlen zu können, dann sind sie im Irrtum. Der Bauarbeiterverband wird unter allen Umständen dafür sorgen, daß diesen Arbeiterinnen ein auskömmlicher Lohn gezahlt wird, trotz der Drobung mit Entlassung und Stilllegung der Betriebe.

## Einigung in der Ristenbranche.

Eine Versammlung der Ristenmacher und der in den Ristenfabriken beschäftigten Transportarbeiter, die am Dienstag abend in

Boekers Festsaal stattfand, nahm Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen für Oktober. Ueber den Verlauf dieser Verhandlungen wurde von Böse eingehend berichtet. Am 12. d. M. kam es vor dem Schlichtungsausschuß zu einem Vergleichsvorschlag, nach dem ab 2. bis 31. Oktober den Ristenmachern ein Stundenlohn von 103 M., den Maschinenarbeitern von 106 M. gezahlt wird und die Arbeiter eine entsprechende prozentuale Erhöhung erfahren sollten. Die Transportarbeiter und Stalente sollen 25 Prozent Zuschlag auf ihre bisherigen Löhne erhalten, die sich hiernach in den Risten 1—5 auf 91, 72, 64, 59 und 57 M. stellen. Rutscher und Chauffeure erhalten einen Wochenlohn von 4185 M. Die Löhne sind als Mindestlöhne anzusehen. — In der anschließenden Aussprache kam eine starke Unzufriedenheit über das Ergebnis der Lohnverhandlung zum Ausdruck. Bei der folgenden Abstimmung wurde der Vergleichsvorschlag aber mit überwiegender Mehrheit angenommen.

## Verstärkung der Wahrheit.

Das kommunistische „Sozialer Volksblatt“ brachte am Sonntag abend auf der ersten Seite mit großen Ueberschriftszeilen eine Meldung folgenden Inhalts:

### Für den Reichs-Betriebsrätekongress. Die Sondershäuser Arbeiterschaft.

Sondershausen, 12. Oktober. Eine durch die Sabotage der gewerkschaftlichen Instanzen nicht gerade stark besuchte Volksversammlung nahm die folgende Entschliessung, die von den Betriebsräten von fünf der größten Betriebe vorgelesen wurde, gegen fünf Stimmen an. (Es folgt eine der üblichen kommunistischen Resolutionen für den kommunistischen Betriebsrätekongress.)

Wie sah aber die Volksversammlung aus, in der sich die Sondershäuser Arbeiterschaft für den Betriebsrätekongress erklärte? Eine Betriebsräteversammlung wies den Massenbesuch von 8 (in Worten acht) Personen auf. An der anschließenden öffentlichen Volksversammlung nahmen diese „Massen“ rechtlich teil, außerdem noch 4 Augenblicke, so daß Sondershausen eine noch nie erlebte Massenversammlung von 12 (zwölf) Teilnehmern aufwies. Da die Versammlung in der Gaststube abgehalten wurde, gab es auch noch einige Zwangsanhörer, die zwar nicht die kommunistische Einladung, als vielmehr das Glas Bier herbeigerufen hatte.

Tut nichts. „Die Sondershäuser Arbeiterschaft ist für den Reichsbetriebsrätekongress.“ Es ist schon so, wie das Erfurter „Rote Echo“ schrieb: „Auch wenn die Massen nicht kommen, die Arbeiter sind doch für den Betriebsrätekongress.“

Achtung, Buchdrucker! Vollständiges Erscheinen sämtlicher arbeitslosen Buchdrucker zu einer wichtigen Versammlung am Sonntag abend auf dem Arbeitsnachweis wünscht Der Arbeitslosenrat.

Das Lohnabkommen in Deutschen Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin, für die zweite Hälfte des Oktober und die erste Novemberhälfte ist von den beteiligten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen angenommen worden. Der neue Lohn kommt erstmalig am kommenden Freitag zur Auszahlung. Der Vereinsvorstand.

Achtung, Zimmerer! Das letzte Lohnabkommen vom 16. bis 31. Oktober mit 120 M. und vom 1. bis 15. November mit 140 M. pro Stunde, fern: ab 16. Oktober 1,25 M. pro Stunde Werkzeugentschädigung ist wirksam geworden. Der erhöhte Lohn gelangt erstmalig am Freitag, den 20. Oktober, zur Auszahlung. Der Vorstand.

Beendete Lohnbewegung im Textilgroßhandel! In einer gutbesuchten Volksversammlung stimmten die Handelsbillsarbeiter des Textilgroßhandels dem Angebot der Arbeitgeber einer ca. 40prozentigen Lohnerhöhung für Monat Oktober zu. (Abzüge des Tarifvertrages sind beim Deutschen Transportarbeiterverband, Zim mer 32, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches erhältlich.) Nach erregter Diskussion über die Feuerungsbedingungen gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, die den R. T. V. auffordert, die Regierung zu veranlassen, gegen die wahnwitzige Preissteigerung geeignete Maßnahmen zu treffen.

Die Tarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe über die Oktober-Regelung der Gehälter sind geschlichtet. Die Angestelltenverbände hatten die Forderung von 60 Proz. auf die September-Bzüge gestellt. Diese Forderung ist abgelehnt worden mit der Begründung, es sei den Versicherungsunternehmungen unmöglich, weitere Belastungen über die September-Regelung hinaus zu ertragen.

Zentralverband der Angestellten. Bezirk Schöneberg, Friedenau: Mittelsberufsammlung Donnerstag 7½ Uhr in den Neuen Bahnhofs-Gärten, Schöneberg, Berlin-Südost-Str. 69.

Die wirtschaftliche und soziale Sicherung des Arbeitnehmers durch die Gewerkschaften. Dieses Thema behandelt Genosse Clemens W. R. in einer vom Zentralverband der Angestellten zu Freitag abend 7 Uhr in Dorotheenpark, Neue Friedrichstr. 35, einberufenen Funktionärerversammlung. Einlad. nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Ausweises des R. T. V.

Zadlerer. Freitag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Sektionsversammlung für alle Branchen. Gehiliches und pünktliches Erscheinen erwartet die Sektionsleitung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Berlin Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Publikaat u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Siehe eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.

# Die neue Herbst- und Winter-Mode

## Herren-Geh-, Sport-, Reise- und Fahrpelze

<b>Ulster</b> aus braunen festem Paletotstoff, zweireihig mit Oort . . . . . M.	<b>5300</b>
<b>Paletots</b> eis- und zweireihig, aus marengo und schwarzem Eskimo sowie Wintercheviot in bester Verarbeitung . . . . . von M.	<b>9500</b>
<b>Schlüpfer</b> d. neuesten Mode aus prima Stoffen in geschmackvoll. Farbenstellung v.	<b>10000</b>
<b>Schlüpfer, Ulster, Raglans</b> aus Stoffen in bester Qualität in den verschiedenartigsten Farbenstellungen und in bester Ausführung von M.	<b>13500</b>
<b>Schlüpfer</b> Ersatz für Maß, prima Qualität M. 24000, 20000.	<b>18000</b>
<b>Jackett-Anzüge</b> viele einzelne Anzüge in hellen u. mittleren Farben, kleinere Größen . . . . .	<b>4500</b>
<b>Jackett-Anzüge</b> hochwertige Qualität in modernen Stoffen und Farbenstellungen in vorzüglicher Verarbeitung . . . . . M. 15000, 13000, 10000.	<b>9000</b>
<b>Jackett-Anzüge</b> prima Qualität, Ersatz für Maß, Modelle . . . . . M. 24000, 20000.	<b>18000</b>

<b>Manchester-Sportanzüge</b> mit Dreieckschossen . . . . .	<b>12500</b>
<b>Winterjoppen</b> aus bestem Lodenstoff in all. gangb. Farben v. M.	<b>4000</b>
<b>Pelzjoppen</b> mit Kanillitterung M. 1800, 1500.	<b>1200</b>
<b>Wirtschaftspelze</b> M. 12000, 10000.	<b>8500</b>
<b>Sportpelze</b> Stoffpelze in verschiedenen Farben m. Nerzkanin., Biberette, und Walbylitterung . . . . . M. 75000, 60000.	<b>50000</b>
<b>Vornehmer Gehpelz</b> Bernz schwarze Tuchlampe, marengo Cheviot mit Sealedrilllitterung und Rollschalenger . . . . . M.	<b>89000</b>
<b>Elegantier Gehpelz</b> mit Nerzornmel, Biberette, Naturschizim, in erstklassiger Ausführung . . . . . M. 175000, 150000.	<b>125000</b>

<b>Burschen-Ulster u. Schlüpfer</b> Gr. 7—12, in den neuesten Modern und modernsten Fassons . . . . . Gr. 7 von M.	<b>5200</b>
<b>Knaben-Ulster</b> in großer Auswahl von M.	<b>3000</b>
<b>Jünglings-Anzüge</b> Jackett- u. Sportform, L. vielen modernen Stoffen, Must. u. Preislagen, Gr. 38 anlangend mit M.	<b>4500</b>
<b>Burschen-Anzüge</b> Jackett- u. Sportform, ganz gelüftet, in großer Auswahl, Gr. 7 anlangend mit . . . . . M.	<b>5800</b>
<b>Knaben-Anzüge</b> in Schürfers, Sport-, Kleiner- u. Matrosen, aus gut. Stoffen in allen Preislagen, Gr. 1 anlang. mit M.	<b>3500</b>
<b>Herrn-Rosen</b> aus druck! gestrickt, Duden- und Kammgarne von M.	<b>850</b>

Gummimäntel, Lodenmäntel, Pelzerinnen, Ockermäntel, -joppen, -pelzerinnen, Acetarmäntel und -pelzerinnen in großer Auswahl! in allen Preislagen!

Großes Lager in den edelsten Pelzsorten!

Schwarze und braune Chromledermäntel und -Anzüge fertig am Lager

Angebote treibend! Verkauf rationiert!

Akt.-Ges.

# BAER SOHN

Akt.-Ges.

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der Auftragsgänge

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Veteranen der Arbeit.

Die Klientel der Landesversicherungsanstalt Berlin.

In alten Berlin gibt es ein stattliches Haus, das Tag für Tag und seit Jahren viel Elend, Kummer und Krankheit sieht. In der Hauptsache sind die Leidenden, die nach der Landesversicherungsanstalt pilgern, Veteranen der Arbeit, deren Frauen und Kinder. Der Köllnische Park ist im Sommer ein friedliches und freundliches Fleckchen Großstadt. Mit seinen Rasenflächen, mit Baum und Busch so etwas wie eine Oase in der dürren, grauen Häuserwüste Berlins, eine kleine, liebliche Insel inmitten eines Meeres von Dächern, hoch aufragenden Mauern, rauchenden und rufenden Fabriksschornsteinen. Nicht weit davon entfernt ist der Märkische Platz mit gepflegten Gartenanlagen und mit dem stattlichen Backsteinbau des Märkischen Museums. Wer hier promenierte, weiß nicht, daß sich gerade hier in diesem Idyll der Großstadt ein Gebäude befindet, zu dem die Mühseligen und Beladenen, aller Berufszweigung voll, pilgern, alle jene unglücklichen Opfer, deren Geldbeutel schmal ist und in deren Körper Krankheit und Tod sitzen.

Im Hause der Not.

Um 8 Uhr morgens beginnt hier der große Geschäftsverkehr, und erst am späten Abend werden die Flügeltüren des Hauses an der Ostseite des Parks geschlossen, nachdem viel Elend, Siedtum und Sorgen durch sie geschritten sind. Zu der Klientel der Landesversicherungsanstalt Berlin gehören über 70 000 Invaliden und 20 000 ehemalige Arbeiter im Alter von 65 Jahren und darüber, sowie mehr als 50 000 Waisen, die ihren Ernährer durch den Tod verloren haben. Neben diesen künftigen Besuchern muß man noch die nach Tarifenden zählenden Kranken und Gebrechlichen rechnen, die ein Anliegen haben, die entweder in eine Heilstätte verbracht, oder in der Beobachtungsstation untersucht sein wollen. Die Landesversicherungsanstalt besitzt nämlich ferner auch eine Tuberkulosestation, und man bekommt einen Begriff davon, welche Arbeit hier zu leisten ist, wenn man erfährt, daß Groß-Berlin etwa eine Viertelmillion Lungen- und Tuberkuloseverdächtiger aufweist. Diese Zahlen sind einer Statistik aus dem Anfang dieses Jahres entnommen, dürften aber heute bereits viel größer sein. Eine neuere Statistik liegt noch nicht vor. Zu dem Personal der Tuberkulosestation gehören 16 Ärzte und 27 Schwestern, die tagaus, tagein die Wohnungen der Kranken besuchen und ihre Berichte abgeben, die herzerweichend widerhallen von Not und Elend der Arbeiterfamilien. In der Tuberkulosestation selbst werden die Tuberkuloseverdächtigen untersucht und die Kranken durch Behandlung mit Höhenkur zu heilen versucht. Aber die Tuberkulosestation sorgt auch für das leibliche Wohl der Kranken durch

Ausgabe von Lebensmitteln.

Während des Krieges hat die Anstalt Milch, Kaffee und andere Lebensmittel ausgegeben, ist aber namentlich bemüht, die Tuberkulose einen Damm entgegenzusetzen. Die Quoten, die bald wieder ihr wohltätiges Wert in Berlin aufnehmen wollen, und die sogenannte Schwedenhilfe haben in dankenswerter Weise ihr Scherflein beigetragen für die Armen und Elendsten. In den letzten Jahren konnten in der Landesversicherungsanstalt abgegeben werden: 3251 Kilogramm Zucker, 25 Häfler Lebertran, 6995 Kilogramm Milchzucker, 681 Kilogramm Kaffee, 5591 Kilogramm Schmalz, 723 Kilogramm Dichte, 6825 Kilo Gramm Seife, 40 Kilo Gramm Essig, 5100 Taschenmesser, 561 Paar Stiefel, 1158 Paar Strümpfe, sowie andere Kleidungsstücke, Anzüge und Wäsche. In den Ausgabestellen der Landesversicherungsanstalt werden täglich 150 Personen gepflegt und erhalten Kleidungsstücke, entweder unentgeltlich oder zum Selbstkostenpreis. In den Bureaus der Tuberkulosestation drängen sich täglich 400 Personen, und auf Lungentuberkulose werden wöchentlich etwa 1000 Personen untersucht. In den Heilstätten von Beetzow werden von der Landesversicherungsanstalt täglich 300 Kinder versorgt, und außerdem noch Kinder in das Gebirge und an die See geschickt. In der unheimlichsten Bevölkerung Berlins sind bis zum Schulantritt 50 Prozent Kinder mit Tuberkulose infiziert.

Für die Tuberkulosestation hatte die Landesversicherungsanstalt 3 Millionen Mark ausgeworfen und 1 Million Mark für das Heilverfahren unterernährter und tuberkuloseverdächtiger Kinder. Diese Summen werden erhöht werden, aber bei der ungeheuren Größe der Krankheit und des Elends ist es der Landesversicherungsanstalt unmöglich, alle diese Lasten allein zu tragen. Von der bürgerlichen

Gesellschaft laufen nur selten und spärlich Gaben ein. Einesteiis aus Interesslosigkeit für das Schicksal von Arbeitern, andererseits aus Unkenntnis der Sachlage. Diese Jellen sollen daher aufstärken und ollen denjenigen, die Spenden wollen, aber nicht recht wissen, wem, den Weg weisen. Hauptsächlich ist ihre Zahl recht groß, und die auf diese Weise einkommende Summe bedeutend.

Die Post und die Zeit.

Wie die Post hinter den Ereignissen der Zeit zurückbleibt, lehrt ihre im „Vorwärts“ oft gerügte Langsamkeit in der Befreiung monarchischer Hohlheitszeichen. Heute haben wir mitzuteilen, daß auf dem Postamt Berlin-Weißensee 1 sogar noch am 8. Oktober 1922 zur amtlichen Verschließung eines beschädigten Briefes eine Verschlußmarke mit dem untorrigierten Aufdruck „Kaiserliches Postamt“ benutzt wurde. Der betreffende Postbeamte hat anscheinend immer noch nichts davon gehört, daß im November 1918 das Kaiserium zusammengebrochen ist. „Schon“ Anfang August 1922 ist die amtliche Anordnung ergangen, derartige Verschlußmarken überhaupt nicht mehr zu benutzen, sondern den ganzen etwa noch gebliebenen Vorrat zu vernichten. Aber dem Postamt Berlin-Weißensee 1 ist das wohl in den seitdem verfloffenen zwei Monaten „noch nicht bekannt“ geworden.

Einen eigenartigen Mangel an Verständnis für das, was in unserer Zeit vorgeht, bekundet die Postverwaltung auch bei ihrer Behandlung der Valutaänderungen. Aus Vichierfelde teilt ein Genosse uns mit, daß bei einer Geldsendung nach Wien ein beträchtlicher Verlust entstand, weil die Post ihm einen längst überholten Kronenkurs anrechnete. Für eingezahlte 2100 M. wurden 70 000 Kronen gelegt, was einem Kurs von 3 M. gleich 100 Kronen entsprochen hätte. Auf eine schriftliche Anfrage des mißtrauischen Absenders antwortete das Postamt Vichierfelde, daß die ihm gemachte Berechnung 3 M. gleich 100 Kronen richtig sei. Durch Anfrage bei einer Bank erfuhr er hinterher, daß an jenem Tage 100 Kronen nur auf etwas über 2 M. gestanden hätten, so daß 2100 M. mit rund 100 000 Kronen zu berechnen gewesen wären. Die Post hält, wenn wir recht unterrichtet sind, an jedem von ihr angenommenen Umrechnungskurs immer ein paar Wochen hindurch fest. Daraus erklärt sich der auffällige Unterschied. Sie läßt sich eben durch nichts aus der Ruhe bringen, auch nicht durch rasche und starke Valutawankungen.

Man sage aber nicht, daß die Post nicht auch mal ihrer Zeit voranzukommen wüßte. Vor uns liegt der Abschnitt einer Zahlkarte, durch die am 25. September 1922 in Luckenwalde ein Geldbetrag für das Postsekretariat Berlin eingezahlt wurde. Er trägt den Poststempel 25. 10. 22, der so klar ist, daß an ihm nicht gedeutet werden kann. Hier hat die Post das Kunststück fertiggebracht, im Wettlauf mit dem Kalender ihn um 13 Monate zu schlagen. Wer will da noch behaupten, daß die Post zu langsam und schwerfällig sei?

Rückwirkende Tarife.

Eine wichtige Entscheidung des Berliner Kaufmannsgerichts. In einer Klage vor dem Kaufmannsgericht der Stadt Berlin, die gestern zur Verhandlung kam, verlangten zwei weibliche Angestellte der Siemens u. Halske A.-G. eine Nachzahlung des Augustgehalts und der tarifmäßigen Teuerungszuschläge.

Die Klägerinnen behaupteten, daß ihnen bei der in Frage kommenden Gehaltszahlung bei der Firma, zu der sie sich bereits in gekündigter Stellung befanden, erklärt worden sei, daß die Tarifierhöhungen für den Monat August noch nicht festliegen, sie möchten aber ihre Adresse hinterlegen, damit ihnen die Nachzahlung zugesandt werden kann. Der Vertreter der beklagten Firma erklärte, daß er sich, da die Löhne der Angestellten erst durch die Krankenkasse festgesetzt werden müßten, zu der hohen Forderung nicht äußern könne und bestritt die Rechtmäßigkeit

zeit der Forderungen grundsätzlich, wobei er sich auf einen Tarifvertrag aus dem Jahre 1918 stützte, nach dem Gehaltsabkommen keine rückwirkende Kraft haben sollten. Ferner berief er sich auf eine neue Erhöhung der Tarifgehälter vom 2. September d. J., nach deren Bestimmungen die Erhöhung der Augustgehälter nur denjenigen Angestellten zukommen sollte, die zur Zeit der Auszahlung noch im regulären Arbeitsverhältnis standen; die Klägerinnen seien aber ausgeschieden gewesen. Ferner machte die Firma geltend, daß sie überhaupt in keinem Vertragsverhältnis zu den Klägerinnen gestanden habe, sondern daß die andere Vertragspartei die Berliner Metallindustrie sei. Die Berliner Metallindustrie hat nun aber in der Sache bereits ihr Urteil dahin abgegeben, daß alle Gehälter mit der üblichen Teuerungszulage für den August zu zahlen seien, auch für solche Angestellte, die zu der fraglichen Zeit bereits aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden waren. Trotzdem die beklagte Firma etwa ein Duzend Urteile aus ganz Deutschland verlor, die im entgegengelegten Sinne entschieden hätten, stellte sich das Kaufmannsgericht auf den Standpunkt, daß die Ansprüche der Klägerinnen berechtigt seien und verurteilte die Firma zur Zahlung der verlangten Gelder, da die Klägerinnen erst nach dem erfolgten Tarifabschluß ihre Stellung verlassen hätten, und daß nach den bisherigen Gepflogenheiten auf dem Gebiet der Tarifbezahlung ihnen aus der Angelegenheit ein Schaden nicht entstehen dürfe.

Ein Haus für 1200 Dollar.

Wir haben in unserer gestrigen Morgennummer auf die Hauskäufe von Ausländern und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten einer schweren Schädigung der Mieterchaft hingewiesen. Wir verlangten energisches Einschreiten gegen dieses Treiben, das einer Durchlöcherung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens erheblichen Vorschub leistet.

In Nummer 455 des „Berliner Lokal-Anzeiger“, Morgenausgabe vom Dienstag, den 17. d. M., Hauptblatt vierte Seite, befindet sich unter Grundstücks- und Hypothekemarkt ein fünfseitiges Inserat folgenden Wortlauts:

Hausverkauf. 1908 erbaut, gr. Wohnung. 1200 Dollar. Reich, Lichtenberg, Jungstr. 17.

Nach der Verordnung über den Devisenverkehr ist es verboten, Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln bei Inlandgeschäften zu fordern, anzubieten, auszubringen, zu leisten oder anzunehmen. Hier liegt ein eklatanter Verstoß gegen diese Verordnung vor, und es wäre wohl angebracht, wenn die in Frage kommenden Stellen sich der Angelegenheit bemächtigen.

Vom kommenden neuen Stadtbahnwagen.

Bekanntlich beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung, für den Berliner Lokalverkehr von der bisher üblichen Wagentypen abzugeben, um durch Schaffung eines neuzeitigen, modernen Wagens die Abfertigung des Lokalverkehrs auf den Stadt-, Ring- und Vorortstationen wesentlich zu beschleunigen. Das Eisenbahn-Zentralamt hat bisher eine große Reihe von Verkehrstypen neuer Art fertiggestellt, deren Formen jetzt in Gestalt einzelner Probezüge ausgebaut werden sollen. Hierbei ist es wegen der Preisgestaltung zu einem Streit zwischen den Wagenbauanstalten und dem Reichsverkehrsministerium gekommen, so daß die zum Dezember beabsichtigte vorläufige Indienststellung einiger dieser Probezüge stark in Frage gestellt ist. Das neueste Projekt sieht übrigens eine ganz neuartige Radanordnung vor. Jeder Wagen läuft auf Drehgestellen, und zwar sind je zwei Wagen statt, wie bisher, mit vier nur mit drei Drehgestellen ausgerüstet. Hierdurch wird es ermöglicht, daß trotz größerer Wagenlänge und trotz größerer Drehgestellabstände die engsten Kurven gefahren werden können. Im übrigen erhalten sämtliche neuen Stadtbahnwagentypen (bisher etwa 18) Schiebetüren, die ein leichtes Ein- und Aussteigen ermöglichen sollen, während der Wagenkostenbeden in gleicher Höhe mit dem Bahnsteig liegt, so daß das Trittbrett entbehrlich und damit die Zahl der Verkehrsunfälle durch Fehltritte erheblich herabgemindert wird. Ein Termin, an dem die Wagen erstmalig in dem Stadtbahnbetrieb versuchsweise verkehren (natürlich mit Dampfloklokomotive), steht bis jetzt noch nicht fest, da der Streit zwischen Waggonfabriken und Ministerium durchaus noch nicht beigelegt ist.

67] Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Sachawachial und Douglamana sahen lange schweigend da, als sie die Neuigkeit hörten. Sie sah ihn mit fragenden, bittenden Augen an, dachte an das Kleine, das auf ihrem Rücken hing und graute sich vor Jen Cape. Aber er sah weder sie, noch ihre bittenden Augen, er dachte an die Weissen, die Feinde der Eingeborenen, und freute sich über das Unglück, das diese Rasse getroffen, die den Frieden und die Ruhe an Alaskas Küste vernichtet hatte.

Niemals hatte er Douglamana von der Schlechtigkeit der Weissen erzählt, niemals, daß es ein Weißer gewesen war, der ihn beinahe in den Tod getrieben hatte; er behielt das für sich selbst; aber er haßte die Rasse mit einem ihmigen Haß, und vor seinen Augen sah er den schwarzen Joe, lachend, schön, aber falsch, das Symbol der Weissen.

Lange sah er in Gräbelen über all das Unglück vertieft, während Douglamana sein Mienenpiel beobachtete und zu erraten suchte, was es zu bedeuten hatte. Sie kannte ja die Geschichte von dem schwarzen Joe und Agluruk und wußte, daß er nun neue Nahrung für seinen glimmenden Haß bekommen, daß er neues Leben in die erlöschenden Glutn blies, und sie fühlte, daß etwas, was sie nicht zu bannen vermochte, zwischen sie und Sachawachial trat, daß ihre Macht über ihn verloren ging.

Sie senkte den Kopf und nahm ihr kleines Kind aus dem warmen Anorak heraus. Wenn etwas Sachawachial zurückhalten konnte, mußte es doch dies kleine Wesen sein. Sie liebte es und nahm es dann mit beiden Händen hoch und hielt es ihm vor die Augen; er schob es beiseite und stand auf: „Douglamana, komm!“

Eine Stunde später waren sie auf dem Wege, und Sachawachial trieb seine Hunde nach Norden, der Krankheit, dem Hunger und der Not entgegen, hin zu der eingefrorenen Flotte und ihren fünfhundert Mann. Er wollte sie leiden sehen, wollte sich über ihre Not freuen, wollte ihnen und warten, bis die ganze Besatzung umfiel, zusammenschumpfte, Hungers starb. Und deshalb trieb er seine Hunde an und heßte seine Frau

vorwärts; der weiße Glanz kam wieder in sein Auge! Douglamana erkannte ihn nicht mehr.

Sie näherten sich Jen Cape und sahen die Masten des todgeweihten Schiffes; er peitschte auf die Hunde ein und feuerte sie an; sein Sinn konnte keine Ruhe finden, bevor er nicht die Weissen hatte leiden sehen.

Es war eine vom Tode gezeichnete Stadt, in die er kam; die Backen der Eskimos waren eingefallen, ihre Fleischbehälter geleert, der Hunger nagte schon an ihnen; die Hunde waren ganz schlotterig geworden und schlüchen umher, wunderbar, schattenhaft anzusehen. Der Fluß der Weissen lag über dem Lande, und in ohnmächtiger Wut ballte Sachawachial die Fäuste gegen die dunklen Schiffsrümpfe. „Nette es aus, das Paak“, murmelte er, „laß es sterben, erst dann bekommen die Eingeborenen etwas zu essen, sonst ist es ganz unmöglich, für die vielen Mäuler Essen zu schaffen!“

Es war kein Weißer am Lande; sie hielten sich an Bord, und Sachawachial fuhr seinen Schlitten an dem Bohnplatz vorbei zu den Schiffen hinaus, wo er gerade ihnen gegenüber sein Zelt aufschlug.

Sachawachial sah vor seinem Zelt und ah. Es freute ihn zu sehen, wie die Weissen oben auf ihren Schiffen standen und ihn beobachteten. Dann kam ein Mann über das Eis gegangen; es war einer von den Kapitänen. „Hast du Essen?“

„Ja“, antwortete Sachawachial. „Ich habe Essen, willst du es sehen?“ Und er zeigte dem Weissen das Fleisch, das er mit sich auf dem Schlitten gebracht hatte, herrliches, saftiges Fleisch.

„Kann man das kaufen?“ fragte der weiße Kapitän mit gierigem Blick, „was willst du dafür haben?“

Aber Sachawachial lachte, ein böses, hartes Gelächter. „Einem Weissen verkaufe ich nichts; ich sitze hier, um mich darüber zu freuen, wenn die Weissen Hunger leiden, und bleibe hier, bis die Strafe vollzogen ist, zu der sie sich selbst verurteilt haben!“

Das Blut schoß dem Weissen ins Gesicht; er sah aus, als ob er den Eingeborenen schlagen wollte. Doch Sachawachial blieb sitzen, der weiße Mann war nicht gefährlich, und er lachte, als er seine offenkundige Gier nach dem Fleisch sah. „Ach so, du brauchst Essen, ja, das ist schlimm; ich selbst brauchte auch einmal welches, stark fast vor Hunger, und schuld daran waren die Weissen!“

„Die anderen Eingeborenen hier herum haben vielleicht

auch gehungert.“ sagte der Fremde, „aber sie haben doch mit uns geteilt. Wir brauchen Essen, sage ich dir, brauchen es sehr nötig; wir sterben vor Hunger; gib uns etwas von dem, was du auf dem Schlitten hast; aber erst sage mir, wer bist du, der du Alaskas vornehmstes Gebot, dem Hungerigen Essen zu geben, verleugnest?“

„Sachawachial!“ „Aus Rumuk?“ und der weiße Schiffer pfiß leise, „ach so, bist du Sachawachial aus Rumuk, ja dann —“ und er drehte sich um und ging zu dem Schiffe hinaus. Er wußte Bescheid und kannte die Geschichte von dem schwarzen Joe und Sachawachial, der dann verschwand. Wußte auch, daß die Weissen von Point Hope aus auf ihn geschossen hatten; aber er hatte nicht geahnt, daß er noch am Leben war.

Sachawachial blieb vor seinem Zelte sitzen und sah mit haherfühltem Blick zu den Schiffen hinaus; die Büchse lag an seiner Seite, schußbereit für den Fall der Not. Er sah, daß eine Volksflotte von Schiff zu Schiff dauhen auf der todgeweihten Flotte ging und daß Unruhe an Bord entstand. Die Leute kamen auf Deck und stierten nach dem Lande, nach dem Zelte, das für sich allein in der Nähe der Schiffe lag, sahen den Mann, der Essen hatte, aber nichts an ausgehungerte Weisse verkaufen wollte. Und das Gerücht erzählte mehr von dem Mann, Sachawachial, daß man ihn drei, vier Jahre lang für tot betrachtet hatte, daß er auf dem Eis davongefahren und an Point Hope vorbeigetrieben wäre. Und nun sah er da drüben mit einem Schlitten voll Fleisch, dem einzigen Fleisch in Jen Cape, und wollte nichts verkaufen.

Sachawachial sprang auf, sein Auge wurde hart: was nun? Was wollten sie versuchen? Kämpfen? Denn eine Schar Männer kam über das Eis gegangen, alles Weiße; was mochten sie nur wollen?

Die Männer kamen näher und ein großer bärtiger Mann trat zu dem Eingeborenen hin. „Sachawachial, kennst du mich?“

Er sah auf das ausgezehrte Gesicht und nickte. „Ja!“ Wie ein Blitz fuhren Sachawachials Gedanken nach Rumuk zurück, nach seiner glücklichsten Zeit, als er noch Großjünger war und Vorken zu verkaufen hatte, und als der Mann, der jetzt demütig und von Hunger ausgezehrt vor ihm stand, „Rarwhales“ Kapitän, James Smith, sein bester Freund gewesen war.

(Fortsetzung folgt.)

# Die neuen Eisenbahntarife. Ein Fahrpreisstudium.

Am 1. November werden, wie mehrfach berichtet, die Personenfahrpreise auf der Deutschen Reichsbahn um 100 Proz. erhöht; bisher wurden bei Tarifserhöhungen die neuen Preise den Fahrkarten aufgedruckt bzw. durch Ueberstempelung angegeben. Vom 1. November ab wird jedoch das Doppelte der auf den Fahrkarten angegebenen Preise erhoben, ohne daß dieser neue Preis auf der Fahrkarte vermerkt wird. Nur bei den handdrücklich ausgearbeiteten Fahrkarten wird der neue Preis eingelegt. — Auch die nach dem 1. November gedruckten Fahrkarten werden mit den Oktober-Fahrpreisen hergestellt und die wirklichen Verkaufspreise werden während des November doppelt, vom 1. Dezember ab vierfach erhoben. Die Preise für Bahnsteigtarife werden ebenfalls verdoppelt, sollen also vom 1. November ab 4 M. Die bisher üblichen Hundertarten werden abgelehrt, für jeden Hund ist künftig eine halbe Fahrkarte 3. Klasse zu lösen. — Ferner werden mit Wirkung vom 1. November besondere Schnellzugskartensätze für die 1. Klasse eingeführt; sie betragen in der 1. Zone (bis 75 Kilometer) 90 M., in der 2. Zone (bis 150 Kilometer) 180 M. und in der 3. Zone (über 150 Kilometer) 270 M.; diese Schnellzugskartensätze werden am 1. November neu aufgelegt, jedoch nur mit den halben Beträgen dieser Sätze — also 45 bzw. 90 bzw. 135 M. bedruckt, um einheitlich die Verdoppelung der Preise durchzuführen; die bisher für die 1. und 2. Klasse gültigen Schnellzugskartensätze werden in solche für die 2. Klasse abgeändert. — Die Mindestpreise für Fernzüge betragen vom 1. November ab bei Einzelabfahrten 1. Klasse 30 M., 2. Klasse 16 M., 3. Klasse 10 M. und 4. Klasse 7 M.; bei Monatskarten 2. Klasse 252 M., 3. Klasse 152 M., 4. Klasse 102 M. und bei Wochenkarten 4. Klasse 25 M. Diese Preise entsprechen einer Entfernung von 7 Kilometer für Einzel- und von 8 Kilometer für Zeitkarten. — Mit Fahrkarten, die mit einem Tage des Monats Oktober abgestempelt sind, muß die Fahrt im Oktober angetreten werden.

Zur Frage der Eisenbahntarife teilt uns ein Leser folgendes Kuriosum mit: Häbet man auf der Berlin-Magdeburger Strecke nach Möser, eine Station hinter Burg, so verlangt die Eisenbahn in der 4. Klasse 83 Mark Fahrgehalt. Warum aber gerade 83 M.? Vor dem 1. Oktober zahlte man 41 M., jetzt 50 Proz. Zuschlag, nach oben abgerundet sind aber nach Adam Riese nur 52 Mark. Doch das wäre noch nicht das Schlimmste! Aber lieber Leser, jähst Du wieder zurück, dann kostet die Fahrt nur 57 Mark. Der Schalterbeamte in Möser konnte mir auch keine Aufklärung geben, warum man bisher nach Berlin, teurer aber rauskommt. Es sollen durch dieses System die Dampfer wohl abgehalten werden, das flache Land aufzulassen? Oder sind die Schienen von M. nach B. kürzer? Man kann's nicht wissen. Der gewöhnliche Sterbliche kennt sich jedenfalls in der „Logik“ der Fahrpreisberechnung nicht aus und ihm würde mit einer Aufklärung sicher gedient sein.

## Der Gentleman vom Lunapark.

Durch Arbeitslosigkeit auf den Weg des Verbrechens getrieben. Eine außerordentlich gemeingefährliche Diebesbande, über deren Treiben schon mehrfach berichtet worden war, beschästigte gestern nochmals die Strafkammer des Landgerichts III. Angeklagt war der Schriftsteler Eugen Reumann und der Schlosser Max Hoffmann. Gegen letzteren konnte nicht verhandelt werden, da er es inzwischen vorgezogen hatte, nach Dänemark zu flüchten. Die Angeklagten sind Mitglieder einer gefährlichen Diebesbande, der noch mehrere, unbekannt gebliebene Komplizen angehören.

Ein Mitglied dieser Einbrecherbande, welches es verstand, sich besonders elegant zu kleiden und sicher auszureiten, machte im vornehmen Westen Bekanntschaften von Dienstmädchen. Nach dem ersten harmlosen Ausgang ließ der junge Mann durchblicken, daß er ernste Absichten habe. Die Maid war dann gern damit einverstanden, sich mit ihrer Bekanntschaft am nächsten Tage im Lunapark zu treffen. Die Gauner verstanden es dann so einzurichten, daß der „Liebhaber“ aus der Tasche des Mädchens die Wohnungsschlüssel entwendete und sie heimlich einem Komplizen zusteckte. Während das Mädchen sich weiter im Lunapark amüsierte, drangen die Diebe mit Hilfe der Schlüssel in die Wohnung der Herrschaft des Mädchens ein und räumten sie in den meisten Fällen fast vollständig aus. Auf diese Weise wurden unter anderem einer Frau v. L. in der Heilbronner Straße fünf wertvolle Perserteppiche und das gesamte Familienilver im heutigen Werte von etwa 2 1/2 Millionen Mark gestohlen. Dem Redakteur Liebmann in der Konstanzer Straße wurden sämtliche Anzüge und Kleidungsstücke gestohlen. Mit welcher Frechheit die Bande vorging, beweist, daß sie gleich hinterher auch der im selben Hause gelegenen Wohnung des Baumeisters Meyer einen Besuch abstatteten und drei Perserteppiche mitnahmen. Im letzten Falle der Anklage handelt es sich um einen bei einem Dr. Müllerheimer auf gleiche Weise verübten Diebstahl. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren. Von R.-A. Dr. W. Henn wurde unter Beweis gestellt, daß der Angeklagte wiederholt versucht habe, Arbeit zu bekommen und schließlich, als ihm dies nicht gelang, in schlechte Gesellschaft geraten sei. Das Gericht berücksichtigte das auch und erkannte nur auf ein Jahr Gefängnis.

Ein Selbstmord mit merkwürdigen Folgen. Am Dienstag nachmittag vergiftete sich eine Frau L. in ihrer Wohnung im Hause Weidmännerstr. 8 in Spandau im Zustande geistiger Unmündigkeit mit Gas. Als ihr Ehemann gegen 5 1/2 Uhr heimkehrte und an der Tür läutete, erfolgte eine heftige Explosion. Ein Funke der elektrischen Klingelanlage hatte die ausgetrömmten Gasengen zur Explosion gebracht. Der Luftdruck war so stark, daß die Verbindungswand zwischen Küche und Schlafzimmer vollständig niedergelegt wurde.

6000 M. für einen Krankentransport. Nicht weniger als 6000 Mark forderte die Firma Kopp von einem Leser unseres Blattes für einen Krankentransport von der Drankenstr. 123 nach dem Reußlinen Krankenhaus. Auf den telefonischen Einwand, daß diese Forderung doch etwas hoch sei, wurde von der Firma erwidert, daß der Doktor doch auch hoch stehe. Hier liegt eine wucherische Ausnützung einer Notlage vor, da die Kranke nicht etwa in die erste Klasse des Krankenhauses eingeliefert wurde, sondern in die dritte. Im übrigen steht die Firma mit ihrer abnormen Forderung allein da, andere Firmen fordern für die gleiche Strecke 1200 bis 1500 M.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Erhöhung der Gewerbesteuer für das zweite Halbjahr ist von der Stadtverordnetenversammlung zunächst abgelehnt worden. Indessen hat der Magistrat sofort die unveränderte Wiedereinbringung dieser Vorlage be-

schlossen. Sie wird die Stadtverordnetenversammlung schon in der nächsten Woche wieder beschäftigen. Der Magistrat sieht keine Möglichkeit, ohne diese Erhöhung den städtischen Haushalt zu führen. Der schon damals nach der Vorlage ungedeckt gebliebene Mehrbedarf von 1 129 843 000 M. hat sich damit um weitere 885 Millionen erhöht. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung erneut die Erhöhung der Gewerbesteuer um 50 o. H. vorzuschlagen, und hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, zu beschließen, an Stelle der in dem Umlageverteilungsbefehl vom 4. und 5. Juli 1922 festgelegten Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1922 die Gewerbesteuer mit 3165,27 v. H. der statisch veranlagten Gewerbesteuer, und zwar in Klasse 1 3300 v. H., Klasse 2 2700 v. H., Klasse 3 2250 v. H. und Klasse 4 750 v. H. zu erheben.

Möblierte Zimmer. Die Reichstagsfraktion sucht für einige Abgeordnete möblierte Zimmer. Sie müssen in der Nähe des Reichstages liegen und gute Fahrverbindung haben. Offerten bitten wir umgehend an das Sekretariat der Reichstagsfraktion gelangen zu lassen.

Jugendpflegewoche im Bezirk Kreuzberg. Um einem größeren Kreise zu zeigen, wie das Jugendpflegeamt mit den Vereinen, Schulen und Elternschaft für die Jugend arbeitet und um diese Verbindungen zu fördern, veranstaltet das Jugendpflegeamt Kreuzberg (Abteilung Jugendpflege) vom 18. bis 22. Oktober d. R. eine Jugendpflegewoche im Bezirk. Es sollen stattfinden ein Spiel der Jugend auf dem Spielplatz Am Urban, Befestigung des Stadtbades, Orchesterkonzert für die Jugend, Filmvorführungen in der Urania, drei Bezirksleiterabende ufm. Programme, die zur Teilnahme an der gesamten Veranstaltung berechtigen, sind bei dem Bezirksjugendamt Kreuzberg, Abteilung Jugendpflege, Nordstr. 10, II. gegen ein sehr geringes Entgelt zu haben. Im übrigen ist die Teilnahme vollständig unentgeltlich.

Sprechchor für die proletarischen Feiertagenden. Am Donnerstag abend 7 Uhr findet in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstraße 16—17, die Hauptprobe für die proletarischen Feiertagenden statt. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen. Neue Mitglieder werden in der Übungsstunde aufgenommen.

Was will der Verband „Volksolidarität“? Ueber dieses Thema findet heute, Donnerstag, eine große öffentliche Volksversammlung in der Fortbildungsschule Vossstr. 21 (Mulo) abends 7 1/2 Uhr statt. Referent: Gen. Hermann Hauptmann. Alle Proletarier und Lebensreformer sind herzlich eingeladen.

Jugendchor Kreuzberger Berg. Zur Pflege des proletarischen Gesanges hält der Jugendchor jeden Donnerstag abend von 6 bis 8 Uhr in der Turnhalle der roten Schule, Greisenhagenstr. 58/59, unter Leitung des Genossen J. Sittner seine Übungsstunden ab. Einmündige Kinder von 10 Jahren an und Jugendliche werden in jeder Übungsstunde beitragsfrei aufgenommen.

Kinder in Not! Ueber dieses Thema spricht Horrer Bieler heute Donnerstag, 7 1/2 Uhr, bei Redn. Wilmersdorf, Kaiserallee 51/52.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Für die zweite Serie Festkonzerte werden noch Abonnenten aufgenommen. Redungen bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8. — Für sämtliche Theater- und Opernvorstellungen im Monat Oktober wird ein Zuschlag von 10 M. pro Karte erhoben.

Reizgasbrand in Bamberg. Auf dem Weisplatz brach im Jirtus Busch aus unbekannter Ursache ein Brand aus, der einen Schaden von 10 Millionen Mark anrichtete.

Dampferkatastrophe in der Ostsee. Einer Meldung aus Stockholm zufolge ist der holländische Dampfer „Cornelis“ bei Grundfallen gestrandet und gesunken. Man vermutet, daß die Besatzung von 29 Mann umgekommen ist.

Todesurteil in Danzig. Im Mai wurde, wie wir berichteten, in der Umgebung von Danzig in einem Kornfeld bei Frankisch ein Deutsch-Amerikaner Josef Drobowski, der nach der Heimat zurückgekehrt war, durch zwei Schüsse ermordet und um 12 000 Dollar beraubt. Die Geschworenen in Danzig sprachen den Täter, Heizer Otto Rathke aus Berlin, nach zweitägiger Verhandlung des Wortes und Raubes schuldig und das Gericht verurteilte ihn zum Tode. Sein wegen Begünstigung mitangeklagter Bruder Fritz erhielt 1 1/2 Jahre Zuchthaus.

Die Ankunft der entlassenen Voignon-Gefangenen. Am Dienstag vormittag sind 20 deutsche Soldaten aus französischer Gefangenschaft in Toulon in Stuttgart angekommen und unter lebhafter Teilnahme der Öffentlichkeit feierlich empfangen worden. Sie berichteten, daß sie in Ströburg, wo gerade Katholikentag war, reichlich mit Geldgeschenken bedacht worden seien.

## Aus der Partei.

### Die Arbeit der Reichstagsfraktion.

Zur Vorbereitung der parlamentarischen Arbeiten der einzelnen Fachgebiete hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 14 Sachausschüsse eingesetzt. Es handelt sich um Sachausschüsse für auswärtige Politik, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik, Ernährungsfragen, Sozialpolitik, Versorgungswesen, Beamtenfragen, Wohnungs- und Siedlungswesen, Justizwesen, Schul- und Bildungswesen, Bevölkerungspolitik, Verkehrswesen, Militär- und Polizeifragen. Außerdem werden die in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen der Reichstagsfraktion einen Gemeindevorstand bilden, der sich durch beauftragte Vertreter mit den Sachausschüssen in Verbindung setzt, in denen Fragen, die die Gemeindepolitik betreffen, zur Bearbeitung vorliegen. Die Sachausschüsse werden zwei Obleute wählen, die die Aufgabe haben, die Mitglieder der Ausschüsse zur Bepfischung von Vorlagen, die ihr Fachgebiet betreffen, zur Vorbereitung von Initiativentwürfen, zur Ausarbeitung von Anträgen u. zur Verfolgung von Anregungen ihres Fachgebietes zusammenzuführen. Die Obleute geben dem Reaktionsvorstand und der Fraktion nach Bedarf über den Stand ihrer Arbeiten Bericht. Die technischen Arbeiten der Sachausschüsse sind in der Fraktion zu konzentrieren.

Die Einigung in Bremen. Am Sonntag, den 15. Oktober, fand in den Bremer Zentralhallen in einer sehr gut besuchten Versammlung die endgültige Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien statt. Einmüßig nahm die Versammlung den Vorschlag der beiden Vorstände, bis zu einer endgültigen Wahl den Bremer Ortsvereinsvorstand paritätisch durch Mitglieder der beiden früheren Parteien zusammenzusetzen, an. Zu Vorstehenden mit gleichen Rechten wählten die Versammelten die Genossen Harms und Deichmann. Im Anschluß an die Wahl hielten die Genossen Leuterich-Hamburg und Sommer-Bremen Referate, die sich mit der Einigung befaßten.

Die Einigung in Nürnberg ist jetzt auch drüßig vollzogen. Der provisorische Vorstand der Vereinigten Partei wendet sich mit einem Aufruf an die arbeitende Bevölkerung Nürnbergers und fordert die Genossinnen und Genossen auf, in Zukunft einer für alle und alle für einen zu kämpfen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Bezirksvorstand der USPD.

Die erste gemeinsame Sitzung des Bezirksvorstandes findet Sonnabend, den 21. Oktober, abends 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3. Tr., statt.

Die beiderseitigen Kreisvertreter sind zu der Sitzung besonders eingeladen.

Die Kreise resp. Abteilungen werden gebeten, falls sie für den 9. November Wandveranstaltungen geplant sind und hierfür Redner gewünscht werden, dieses unverzüglich dem Bezirkssekretariat (Bureau Häußler) mitzuteilen. Der Bezirksvorstand.

Auslaßer, Freitag, den 20. Oktober, 7 1/2 Uhr, große öffentliche Volksversammlung der USPD, in der Turnhalle der Schule Wollstraße. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Biedler.

3. Kreis Weßling, Freitag, den 20. Oktober, 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Vorstandes bei Schade, Adolfer Str. 9.

6. Kreis Kreuzberg, Freitag, den 20. Oktober, 7 1/2 Uhr, Sitzung der Geschäftsleitung bei Wolf, Gröbstr. 26.

### Heute, Donnerstag, den 19. Oktober:

132. Mt. Wilmersdorf, 7 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

133. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

134. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

135. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

136. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

137. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

138. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

139. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

140. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

141. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

142. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

143. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

144. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

145. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

146. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

147. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

148. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

149. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

150. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

151. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

152. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

153. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

154. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

155. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

156. Mt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schloßend. Thema: „Das Reichstagsgesetz“. Referent Genosse Herrmann.

## ersparen Fleisch und Fett.

Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie feinstes Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.

**MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel**

Nur echt mit dem Namen **MAGGI** auf der rotgelben Packung.

# Wirtschaft

Von den Produktmärkten.

In den Produktmärkten sieht, wie auf den meisten anderen Warenmärkten, einer sehr starken Nachfrage ein verhältnismäßig geringes Angebot gegenüber. Tatsächlich ist an den Getreidemarkt eine allerdings vorübergehende Warenknappheit vorhanden. Die Landwirte haben augenblicklich reichlich Arbeit, so daß sie den Abtransport und den Ausbruch des geernteten Getreides hinausschieben. Die Vorräte sind aufgebraucht, die Kaufleute haben infolge ihres Geldmangels alles das hergegeben, was sie hatten. Diese Zusammenhänge ergeben schon eine starke Preissteigerung. Außerdem bewirkte auch die Lage des Devisenmarktes Preissteigerungen.

Große Nachfrage nach Weizen war bei den Mühlen vorhanden, die von ihren Abnehmern mit Lieferungsbegehren von Weizenmehl geradezu bestürmt wurden. Die starken Preissteigerungen am Weizenmehlmarkt spiegeln denn auch deutlich die Verhältnisse wider.

Wesentlich liegen die Dinge am Roggenmarkt. Neben den Mühlen traten hier die Landwirte als Käufer von Umlagegetreide hervor.

Die stärksten Preissteigerungen wies Hafer auf. Hier waren es die Fabriken von Hafenernährungsmitteln und Hafersoden, die als starke Begehrer auftraten; aber auch als Futtermittel war Hafer sehr gesucht.

Weis wurde zum Teil infolge der Hafersknappheit als Ersatz von den Provinzialmüllern gekauft. Die Brennereien, die ebenfalls als Käufer auftraten, bewilligten nicht immer die geforderten Preise. Sie kaufen doch Weis für Brennzwecke, um daraus Geld zu machen! Wenn es also nicht lohnt, dann verzichten sie eben auf das Geschäft.

Auch Gerste wird jetzt für Futtermittel sehr viel gekauft. Besonders große Mengen dieses Produktes sind in letzter Zeit nach Holland gegangen. Dieser deutsche Landstrich war seit jeher ein reger Käufer für ausländische Gerste. In Brauereigerichte war das Geschäft in der letzten Zeit spärlicher. Bei dem Stande der tschechoslowakischen Krone lohnt es sich nicht, Gerste aus diesem Lande zu beziehen. Und die diesjährige deutsche Gerste ist für Brauereizwecke ausreichend in der Qualität.

	28. Juni	2. August	2. Oktober	18. Oktober
50 kg Weizen, märkisch	840-875	1500-1525	3450-3500	6700-6800
50 kg Roggen, märkisch	602-606	1240-1275	3100-3150	6100-6200
50 kg Sommergerste	730-750	1475-1525	3150-3450	6300-6350
50 kg Weis ab Hamburg	592-598	1285	3500-3550	6500-6550
100 kg Weizenmehl	2075-2200	3875-4050	9050-10200	17800-19000
100 kg Roggenmehl	1520-1560	2900-3000	8000-8600	16000-16800

Nach dem Erlaß der Devisenverordnung war mit der niedrigen Bewertung der ausländischen Devisen ein Preisrückgang der Getreidemärkte festzustellen. Allerdings war die niedrigere Notiz nur vorübergehend. Die Preise liegen bald wieder. Sie haben jetzt den Stand vor der Devisenverordnung beträchtlich überschritten. Weizen z. B. notierte am 10. Oktober 6000 bis 6100, ging am 11. Oktober auf 5700 bis 5500 zurück, um schließlich auf 6700 bis 6800 zu steigen.

Während die Kartoffeln lange Zeit unabhängig von dem Stand der Devisen blieben und sich verhältnismäßig niedrig im Preis hielten, sind sie in der letzten Zeit auch zu Valutaänderungen geworden. Zum Teil liegt das daran, daß die Nachfrage nach Kartoffeln in der letzten Zeit sehr reger war. Viele Städte hatten die Bevölkerung aufgefordert, sich mit Winterkartoffeln zu versehen und wer über die nötigen Mittel verfügte, kam dieser Aufforderung nach. Infolgedessen genügt die Anfuhr nicht immer, es war zeitweise, allerdings nur ganz vorübergehend eine Kartoffelknappheit vorhanden. Die Preise aber gingen sehr stark in die Höhe. Heute werden für einen Zentner weiße Kartoffeln im Berliner Kleinhandel 730 M., drei Keller 700 M. bezahlt. Und ständig gehen die Preise weiter in die Höhe. Selbstverständlich sind eifrige Spekulanten am Werke, um auch diese Sachlage für sich auszunutzen und ihre Taschen zu füllen. Sie kaufen große Mengen auf und lagern sie ein. Das Heer der Polizeibeamten reicht eben bei den jetzigen Verhältnissen nicht aus, um allen den Schlichen, die zur Umgehung der Übergehe angewandt werden, auf die Spur zu kommen. Und die Leidtragenden sind natürlich wie immer die Unbemittelten, die nicht in der Lage sind, große Vorräte einzukaufen und die ihren Tagesbedarf zu ständig höheren Preisen decken müssen, während die wohlhabenden Klassen der Bevölkerung ihre zu billigen Preisen eingekauften Vorräte noch auf Monate hinaus verzehren können.

Deutsche Kreditversicherungs-Gesellschaft. Unter dieser Firma haben führende Industrielle und Juristen ein Unternehmen mit 20 Mill. M. Aktienkapital gegründet, das die Gewährung von Krediten und Rückstellungen auf Kredit an Industrielle und Importeure sich zur Aufgabe stellt. Die Kredite sollen durch Kreditversicherungen erleichtert werden, deren Kontrolle und Ausführung das Institut wahrnimmt. Es handelt sich hier um eine Ausgestaltung des Sachkredits. Insbesondere soll die Einfuhr von Auslandsrohstoffen auf dem Kreditwege ermöglicht werden, indem man die Einfuhrware bis zur Her-

# Brotpreisdebatte im Reichstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine Beschwerde des Abg. Thomas (Komm.) gegen eine ungeschickliche Strafandrohung der bayerischen Staatsanwaltschaft dem Geschäftsordnungsausschuß überreicht.

Die Interpellation Herz (Dnat.) über die Störung einer Versammlung im Zirkus Busch und die des Abg. Marg (Z.) über die Not der deutschen Wissenschaft wird die Regierung in der Geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige wird ohne Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen.

Zur Beratung gelangt dann der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verordnung über Lohnpfändungen. Zurzeit sind von dem Reineinkommen des Schuldners 12 000 M. schätzungsweise, von dem Mehrbetrogen ein Drittel und bei Vorhandensein unterhaltungsberechtigter Angehöriger für jeden derselben ein Sechstel bis höchstens zwei Drittel der Pfändung entzogen. Bei Lohnpfändungen über 50 000 M. tritt infolgedessen eine Beschränkung ein, als dem Schuldner von dem diese Summe überschreitenden Teil seines Einkommens ohne Rücksicht auf seine Unterhaltungsverpflichtungen immer nur ein Drittel verbleibt. Der Entwurf sieht eine Erhöhung der genannten Grenzen auf 100 000 M. und 300 000 M. vor. In der Debatte teilt

Rechtsjustizminister Dr. Radbruch mit, daß eine Vorlage über die Erhöhung der Pfändungsgrenze für Beamte dem Reichstag noch in dieser Tagung zugehen wird. Darauf wird die Vorlage dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der 7. Ergänzung des Besoldungsgesetzes, die nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Eichhorn (Komm.) mit dem vierten Nachtragsetz zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 dem Haushaltsausschuß überwiesen wird.

Es folgt dann der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die

## Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922.

Reichsernährungsminister Prof. Dr. Jehr

begründet noch einmal die Notwendigkeit, die Preise des ersten Drittels der Getreidemenge zu erhöhen, und zwar auf 20 500 M. für Roggen und 22 500 M. für Weizen. Diese Erhöhung ergebe sich aus der inzwischen eingetretenen katastrophalen Entwertung der Mark. Überdies seien durch den schlechten Ausfall der Ernte die Produktionskosten gewaltig gestiegen und die Ablieferung des ersten Drittels des Umlagegetreides habe sich durch das schlechte Wetter sehr verzögert. Nur ein Viertel dessen, was in derselben Zeit des vorigen Jahres abgeliefert wurde, sei bisher der Reichsgetreidekasse zur Verfügung gestellt worden. Wenn die Sorge um die Sicherung der Brotversorgung der Bevölkerung habe zur Einbringung der Vorlage geführt. Der Minister bedauert, daß durch den Widerspruch der Verbraucher die Auszahlung der erhöhten Preise an die Landwirte bisher nicht möglich war, was bei diesen große Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Mit Zwangsmitteln könne keine bessere Ablieferung des Getreides erzielt werden. (Beifall in der Mitte und rechts.)

Abgeordneter Dr. Herz (Soz.):

Die Ankündigung, daß der Brotpreis verdreifacht werden soll, hat die größte Beunruhigung und Bestürzung hervorgerufen. Sie wurde verstärkt durch die geschwindige Abfahrt des Ernährungsministeriums, sie auf dem Verordnungswege statt durch Gesetz durchzuführen. Die vorgeschlagene Preiserhöhung ist nicht berechtigt, nicht notwendig und nicht erfolgreich. Die Steigerung der Produktionskosten kann beim zweiten und dritten Drittel erfolgen. Denn sie wird auch erst wirksam bei

der künftigen Ernte. Die Berechnungen der Regierung sind falsch. Anstatt das Erntejahr zugrunde zu legen, greift sie die letzten drei Monate Juli bis Oktober heraus. Nach den Durchschnittskosten des Jahres 1921/22 ergibt sich nur ein Preis von 10 000 bis 12 000 M. Die Landwirtschaft will Konjunkturgewinne. Sie erstrebt nicht die Erfüllung der Umlage, sondern ihre Befreiung. Sie erhofft davon das wirtschaftliche Chaos und die Erschütterung der Republik. Die Umlage ist nur ein Teil der Ernte. Für den anderen Teil erhalten die Landwirte Preise, die nur abhängig sind vom Dollarstand und jetzt

## über dem Weltmarktpreis

liegen. In der letzten Woche ist der Dollar um 32 Proz. gestiegen, der Getreidepreis um 40 Proz. Wenn die Geldentwertung höhere Getreidepreise rechtfertigt, dann bedingt sie auch die Erhöhung der Zwangsanleihe auf 700 Milliarden Papiermark. Die Erhöhung der Umlagepreise wird keine höhere Ablieferung zur Folge haben. Denn die ungenügende Ablieferung ist nicht die Folge der schlechteren und späteren Ernte, sondern der Ablieferungsabotage der Landwirte. Es muß erbitternd wirken, daß der Ernährungsminister kein Wort der Kritik für dieses Verhalten gefunden hat. Schamlos ist es, daß Landbünde oft erklärt haben, es sei „Christenpflicht“, die städtischen Verbraucher vorhungern zu lassen. Damit stehen wir vor der Gefahr des Zusammenbruchs unserer Brotversorgung. Was soll geschehen, wenn wir kein Umlagegetreide bekommen und Auslandsgetreide nicht kaufen können? Und dazu die Aussicht auf weiteren Sturz der Mark! Die Verdreifachung der Getreidepreise bringt eine

## Mehrausgabe von 1 1/2 Milliarden.

Soll das durch eine Erhöhung der Brotpreise in diesem Umfang gedeckt werden? Das ist doch kaum möglich, zumal der Brotpreis ohnedies jetzt auf mindestens 120 M. steigt. Die Wirtschaft wird erschüttert, die Staatsfinanzen werden ruiniert, Lohn- und Gehalts- und Renteneinkünfte vermindert. Dabei geht es der Landwirtschaft glänzend. Die bürgerlichen Parteien haben durchgehend, daß die Einfuhrzölle für Tabak aufgehoben wurde. Für Tabak also wird gesorgt, ebenso für Schnaps. 8 Milliarden sind für Weis zur Schnapsbrennerei ausgegeben worden. Der letzte Sturz der Mark ist die Folge davon. Trotz glänzender Kartoffelernte haben wir riesenhafte steigende Preise. Das ist unerträglich. Die Hauptursache der Schwierigkeiten ist die Markentwertung. Manche Kreise führen ihren Sturz gewaltsam herbei. Markstabilisierung, wie sie die Sozialdemokratie verlangt, ist Verhinderung weiterer Preissteigerungen. Eine

## aktive Währungspolitik

mit Hilfe des Goldschahes der Reichsbank ist notwendig. Es muß in zwölfter Stunde alles geschehen, um das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse vor dem Untergang zu retten. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Schiele (Dnat.) polemisiert gegen den Abg. Herz. Die Rat des Volkes sei die Folge der Erfüllungspolitik und könne durch billiges Umlagegetreide nicht gemildert werden. Für die Landwirtschaft sei es unmöglich, die Last der Umlage zu tragen. Der Redner stellt umfangreiche Berechnungen über den Brotpreis an und kommt zu dem Ergebnis, daß von einem Brotmücker der Landwirtschaft keine Rede sein könne; das Brot sei leider noch viel zu billig. (Beifall rechts.)

Auf Antrag Schulz-Bromberg (Dnat.) wird beschlossen, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Stresemann über die Berliner Sonntagsdemonstration. Fortsetzung der heutigen Aussprache. Kleinrentenfürsorge. Änderung des Einkommensteuergesetzes. — Schluß 6 Uhr.

stellung des Fabrikats dem Kreditgeber als Pfand überläßt. Zur Durchführung solcher Geschäfte, wie sie bisher wohl nur mit Hilfe des niederländischen Veredelungskredits möglich waren, bedarf es einer Ausgestaltung des Pfandsystems. Wenn die Gesellschaft den Erfolg haben sollte, der nach dem Namen ihrer Gründer zu erwarten ist, so kann sie wesentlich dazu beitragen, den Bedarf Deutschlands an Einfuhrdevisen einzuschränken.

Der Duisburg-Ruhrorter Hafen, den Interessenten gern dem Bräuterkapital ausliefern wollten, wird jetzt eine Umgestaltung erfahren, über die kürzlich unter dem Vorsitz des preussischen Handelsministers Genossen Siering eine Besprechung stattfand. Der Plan, den Minister Siering vorgelegt hat, sieht die Gründung einer „Duisburg-Ruhrorter Aktiengesellschaft“ mit dem Sitz in Duisburg-Ruhrort vor, an der die Stadt Duisburg, vertreten durch den Oberbürgermeister von Duisburg und der preussische Staat, vertreten durch den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, beteiligt sein sollen. Gegenstand des Unternehmens soll die Verwaltung und Ausbarmachung sowie der Ausbau der Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen, Bau und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie Abschluß von Geschäften, die hiermit unmittelbar zu-

ammenhängen, sein. Nach langer Beratung einigte man sich dahin, die Vorlage als Verhandlungsbaß für die weiteren Verhandlungen anzunehmen.

Gold-Schuldscheine auch in Sowjetrußland. Der Zentrosowjet hat beschlossen, auf Goldrußland lautende, mit 8 bis 12 Monaten befristete Schuldcheine in Gesamthöhe von 5 Millionen Goldrußel zu emittieren, die mit 6 bis 8 Proz. jährlich verzinst werden sollen. Die Abrechnung in Papierrußeln wird nach den amtlichen Kursen erfolgen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österreichische Kronen 3,98 Geld, 4,02 Brief; 100 tschechische Kronen 9493,10 Geld, 9518,90 Brief; 100 ungarische Kronen 117,85 Geld, 118,15 Brief; 100 bulgarische Lewa 1922,55 Geld, 1927,45 Brief. — Von heute ab werden die amtlichen Notierungen dahin vereinfacht, daß für alle Devisen mit Ausnahme der österreichischen die Preise von je einer Einheit der fremden Währung festgesetzt und bekanntgegeben werden, nicht wie bisher z. B. für 100 bei Gulden, Kronen, Franken usw. — 100 polnische Mark galten im Freiverkehr etwa 27,20 M.

**Urbim**  
der gute Schuhsputz  
TERPENTINÖLWARE IN DOSEN MIT BANDEROLE

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kolleg, der Herr  
**Karl Ramm**  
Bismarckstraße 82/83, gestorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Ostfriedhofs, Wollanstraße, aus statt.  
Unser Aufruf, der Schloßer  
**Wilhelm Pahl**  
ist am 16. Oktober gestorben.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Oktober, nachm. 2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Niederschönhausen, statt.  
Esse ihrem Andenken!  
Ruhe Beweiltung erwarnt  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Unionstraße 63/65.  
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 333, 834, 835, 836.  
Saufe, Donnerstag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, bei Dams, Schlegelstr. 9.  
**Vertrauensmänner-Konferenz**  
der Eisenkonstruktions-, Kran-, Aufzugs-, Signalbau- und Stahlwertbranche.  
Tagesordnung: Stellungnahme zur Wahl der Brandenburger Kommission.  
Freitag, 20. Oktober, nachm. 6 1/2 Uhr, bei Schröder, Alte Schönhauser Straße 33.  
**Vertrauensmänner-Konferenz**  
der Zigarettenmaschinenführer und Geriebshandwerker, sowie der Brandenburger Kommission.  
Erscheinen aller Kollegen ist der Wichtigkeit wegen erforderlich.  
125/3 Die Ortsverwaltung.

**Kartoffeln**  
Organisation kann nach anderer Meinung in-Weise wünschenswert billiger abgeben. Ermitteln Sie sich in W. 52 Hauptpostfach dieses Wochens, 20200  
**Metal-Ankauf**  
Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.  
zahlr. Tagespreise  
Spez. Deb. Ischias  
15 Tag. besell. Inhaber  
108, v. 10-1 Jacoby

**Verband d. Kupferschmiede Deutschlands**  
Ortsverwaltung Berlin  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung**  
am Freitag, 20. Oktober, nachm. 7 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24  
Tagesordnung: 1. Wiedertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband.  
2. Bericht: Rat. M. Siedt, 2. Aussprache.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit eines jeden Kollegen  
Der Vorstand

**3 Tage großer Reklame-Verkauf**  
aus meinem Riesenlager:  
Haltbare Schlüpfer angewebtes Futter ... 8000 M.  
Flausch-Schlüpfer sehr warm ... 12000 M.  
Prächtige Schlüpfer Maßersatz ... 14000 M.  
Extra lange Schlüpfer für große Figuren ... 15000 M.  
Gute Strapazier-Anzüge ... 8000 M.  
Buckskin-Anzüge prima Verarbeitung ... 12000 M.  
Gediegene Anzüge Maßersatz ... 15000 M.  
Gestr. Kammgarn-Anzüge blau, grau, braun, schwarz ... 20000 M.  
Stoffe marango, für Anzüge, gute Qualität, 140 cm breit ... par Meter nur 1600 M.  
Workstatt und Verkauf 1. Etage  
Uhlandstr. 103 Ecke Berlin-Strasse Wilmersdorf

Kein Haushalt ohne  
**Auto-Kaol**  
Metall-Oel-Politur  
100x sparsamer als Putzwasser  
Chem. Werke Lubag, maki & Co. A.-G. Berlin-Lichtenberg  
**Gänsefedern**  
Paul Paegelow  
füllt, a. unget., aus erst. Schw.

**PATENTE**  
Dr. Bogdan, Gedächtnis- & Trüch.-Verfahren, Pat. Nr. 59 81, 81a, 81b, 81c, 81d, 81e, 81f, 81g, 81h, 81i, 81j, 81k, 81l, 81m, 81n, 81o, 81p, 81q, 81r, 81s, 81t, 81u, 81v, 81w, 81x, 81y, 81z.  
**Photo-Platten**  
gebrauchte, taugliche Platten, alle ab 100 M. Wasserstr. 29, 1000

**Gold Silber Platin Brillanten**  
Hodam  
Linkstraße 46  
Ecke Potsdamer Str. und Potsdamer Platz  
**Krause Pianos**  
zur Miete  
Ansbacher Str. 1, 1000

